

INHALT:

Editorial	Seite 172
GI Aktuell	Seite 172
Dritthaftung des Abschlussprüfers Pflichtprüfung, § 30 BörsenzulassungsV / Mindestvoraussetzungen für die Haftung gegenüber Dritten / Wille des Gesetzgebers / Weitergabe beruflicher Leistungen an Dritte (BGH, Urt. v. 6.4.2006 – III ZR 256/04)	Seite 175
Fristenkontrolle durch den Anwalt Glaubhaftmachung (BGH, Beschl. v. 27.10.2005 – III ZB 76/05)	Seite 177
Prozessfehler in erster Instanz Pflicht zur Einlegung eines Rechtsmittels, Mitverschulden? / Kostenpflicht, Vorschuss für zweite Instanz? / Kostenfreistellung / Erfolg des Rechtsmittels (BGH, Urt. v. 6.10.2005 – IX ZR 111/02)	Seite 179
Verjährungsbeginn der Anwaltschaft Ausübung eines Gestaltungsrechts, Rücktrittserklärung / Auslegung der Erklärung des Anwalts (BGH, Urt. v. 23.6.2005 – IX ZR 197/01)	Seite 182
Prospekthaftung des Wirtschaftsprüfers Garantenstellung / Bestätigungsvermerk zum Jahresabschluss / Wesentlichkeit der Prospekthaftung (OLG Bamberg, Urt. v. 21.2.2006 – 5 U 196/05)	Seite 186
Versicherungsschutz Fälligkeit des Versicherungsanspruchs / Geltendmachung des Haftpflichtanspruchs (OLG Karlsruhe, Urt. v. 16.2.2006 – 19 U 110/05)	Seite 191
Steuerberaterhaftung Verjährung, § 68 StBerG / Verjährungshemmung, § 203 BGB / SchuldrechtsmodernisierungsG (OLG Düsseldorf, Beschl. v. 21.10.2005 – I-23 U 49/05)	Seite 192
Steuerberaterhaftung Verjährungsbeginn, § 68 StBerG a.F. / Rechtskraft des Steuer- bescheides / Zweite Pflichtverletzung des Steuerberaters / Belehrung durch neuen Steuerberater (OLG Düsseldorf, Urt. v. 26.11.2004 – I-23 U 101/04)	Seite 195
GI Leitsätze	Seite 200
GI Hinweise	Seite 200
Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis	Seite 201



Editorial

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

Der 3. Zivilsenat des BGH hat seine Rechtsprechung zur **Dritthaftung des Steuerberaters/Wirtschaftsprüfers bei einer freiwilligen Abschlussprüfung** bestätigt. Er verdeutlicht nochmals die **Haftungskriterien**: Hatte es während der Prüftätigkeit einen Kontakt mit dem Geschädigten gegeben? Gab es eine stillschweigende Übereinkunft mit dem Auftraggeber des Prüfauftrags, den Investor in den Schutzbereich des Vertrages aufzunehmen? Allein das Wissen des Abschlussprüfers um die Suche des Mandanten nach einem Investor genügt zur Haftungsbegründung nicht. Der BGH nimmt in den Urteilsgründen auch Bezug auf die von Steuerberatern/Wirtschaftsprüfern häufig genutzte **AGB-Klausel**, wonach die Weitergabe beruflicher Äußerungen der schriftlichen Zustimmung bedarf. Hier zeige sich, dass erkennbar keine Bereitschaft bestehe, Dritte in den Schutz des Prüfungsvertrages mit aufzunehmen.

In diesem Themenbereich bewegt sich auch das nicht rechtskräftige Urteil des OLG Bamberg. Hier wurden von einem Anleger **Prospekthaftungsansprüche** gegen den Wirtschaftsprüfer **wegen dessen Testats** geltend gemacht. Das OLG untersucht, ob das Testat für die Anlageentscheidung ursächlich wurde. Nach Ansicht des Senats waren die bemerkenswert hohe Ausschüttung und der als neutraler „Banker“ auftretende Vermittler wesentlich für den Anleger. Das Testat habe diesem allein die ordnungsgemäße Rechnungslegung zum Stichtag 31.12.1999 bestätigt. Die Anlageentscheidung sei erst am 23.10.2001 gefallen. Wenn der Aussagegehalt des Testats des Wirtschaftsprüfers von Bedeutung gewesen wäre, hätte sich der Anleger nach den aktuellen Zahlen zum 31.12.2000 erkundigt.

Zur **Verjährung des Versicherungsanspruchs** des Versicherungsnehmers aus der Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung weist das OLG Karlsruhe darauf hin, dass diese erst zu laufen beginnt, wenn der Anspruch beziffert oder der **Streitgegenstand hinreichend konkretisiert** wurde. Er muss klageweise geltend gemacht werden können. Erst nach dem Angriff des Gläubigers könne die Abwehr des Versicherers beginnen. Die Aufforderung, auf die Einrede der Verjährung zu verzichten, stelle keine Anspruchserhebung dar.

Zur **Verjährung des Schadenersatzanspruchs gegen einen Steuerberater** äußert sich das OLG Düsseldorf und geht dabei auch auf die **Neuregelung der Hemmung** des Verjährungslaufs durch **Verhandlung** mit dem Anspruchsteller ein. Die bloße Geltendmachung des Schadenersatzes begründet noch kein Verhandeln. Komme es anschließend aber zu Verhandlungen, wirke die Verjährungshemmung zurück auf den Zugang der Anspruchserhebung. Die Hemmung endet, wenn die **Verhandlungen „eingeschlafen“** sind. Das sei in dem Zeitpunkt anzunehmen, in dem mit einer Antwort zu rechnen war, sie aber nicht erfolgt ist. Der Anspruchsteller müsse deshalb spätestens nach einem Monat beim Steuerberater die Antwort anfordern, wenn er Klarheit über den Verjährungslauf erlangen will.

GI Aktuell

BFH: Teilwertabschreibung auf abnutzbare Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat mit Urteil vom 14.3.2006 – I R 22/05 entschieden, dass eine Teilwertabschreibung bei einem abnutzbaren Wirtschaftsgut nur möglich ist, wenn der Teilwert des Wirtschaftsguts zum Bilanzstichtag voraussichtlich mindestens für die halbe Restnutzungsdauer unter dem planmäßigen Restbuchwert liegt. Er hat damit die Auffassung der Finanzverwaltung bestätigt. Noch nicht entschieden ist mit diesem Urteil, welche Anforderungen an eine Teilwertabschreibung auf nicht abnutzbare Wirtschaftsgüter, etwa Grundstücke, zu stellen sind.

Es handelt sich um die erste höchstrichterliche Entscheidung, die sich mit der Auslegung des neuen § 6 Abs. 1 Nr. 1 des Einkommensteuergesetzes befasst. Nach dieser seit 1999 geltenden Vorschrift sind Teilwertabschreibungen nur noch erlaubt, wenn die Wertminderung voraussichtlich dauerhaft ist. Davor war eine Teilwertabschreibung bereits möglich, wenn der Teilwert unter den Buchwert des Wirtschaftsguts gesunken war. Der Buchwert eines abnutzbaren Wirtschaftsguts ergibt sich aus den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die Absetzungen für Abnutzung. Teilwert ist der Betrag, den ein Erwerber des ganzen Betriebs im Rahmen des Gesamtkaufpreises für das einzelne Wirtschaftsgut ansetzen würde.

Im Streitfall hatte die Klägerin, eine GmbH, im Jahr 1990 ein Gebäude errichtet, das sie in den Jahren 1996 und 1998 erweiterte. In ihrer Bilanz zum 31.12.2000 nahm sie auf das Gebäude eine Teilwertabschreibung i.H.v. rd. 150.000 DM mit der Begründung vor, der Teilwert des Gebäudes sei dauerhaft um diesen Betrag gesunken. Das Finanzgericht war dieser Einschätzung gefolgt, weil es davon ausgegangen war, dass die Wertminderung unter Zugrundelegung eines Zeitraums von fünf Jahren voraussichtlich anhalten werde.

Dem widersprach der BFH. Von einer dauerhaften Wertminderung sei nicht schon dann auszugehen, wenn der Teilwert innerhalb von fünf Jahren nach dem Bilanzstichtag voraussichtlich seinen Buchwert nicht erreiche, sondern nur dann, wenn der Buchwert zum Bilanzstichtag mindestens für die halbe Restnutzungsdauer unter dem planmäßigen Restbuchwert liege. (BFH, Urt. v. 14.3.2006 – I R 22/05)

Pressemitteilung d. BFH v. 19.7.2006



Mit freundlichen Grüßen
Ihr Dr. Jürgen Gräfe

BFH: Keine umsatzsteuerrechtlichen Lieferungen beim „sale-and-lease-back“-Verfahren

Zur Finanzierung von Investitionen wird verbreitet das „sale-and-lease-back“-Verfahren eingesetzt. Der Erwerber eines Gegenstands verkauft diesen anschließend an ein Finanzierungsunternehmen (Leasinggeber). Diesem wird zivilrechtlich das Eigentum am Gegenstand aufgrund eines Kaufvertrages übertragen. Der Leasinggeber vermietet den Gegenstand wieder an den Verkäufer (Leasingnehmer) mit der Maßgabe, dass das Eigentum an dem Gegenstand nach Ablauf der Mietzeit an den Verkäufer zurückfällt.

Der Bundesfinanzhof (BFH) hatte in folgendem Fall über die umsatzsteuerrechtliche Behandlung des Verfahrens zu entscheiden:

Der Kläger hatte Kopiergeräte erworben. Zur Finanzierung des Erwerbs verkaufte er sie an den Leasinggeber und schloss gleichzeitig mit diesem einen Mietkaufvertrag über den Rückwerb der Kopiergeräte mit einer Laufzeit von 48 Monaten; das zivilrechtliche Eigentum an den Kopiergeräten sollte mit Zahlung der letzten Mietkaufrate wieder auf den Kläger übergehen. Er stellte dem Leasinggeber über den Verkauf der Kopiergeräte eine Rechnung mit gesondertem Ausweis der Umsatzsteuer aus. Zugleich erteilte der Leasinggeber dem Kläger eine Rechnung mit Ausweis der Umsatzsteuer über denselben Nettokaufpreis, jedoch zuzüglich der Leasinggebühren für die Laufzeit des Leasingvertrages. Dementsprechend machte der Kläger einen Vorsteuerüberschuss aus dem Geschäft geltend.

Der BFH beurteilte den Vorgang – ebenso wie Finanzamt und Finanzgericht – lediglich als Darlehensgewährung an den Kläger mit einem Entgelt in Höhe der Differenz zwischen dem Kaufpreis des Leasinggebers und der Gesamtvergütung aus dem Mietkaufvertrag (Urteil vom 9.2.2006 – V R 22/03). Das hatte zur Folge, dass dem Kläger der Vorsteuerabzug aus der Rechnung des Leasinggebers versagt wurde, er seinerseits aber die von ihm ausgewiesene Umsatzsteuer schuldete. Allerdings wies der BFH den Kläger auf die Möglichkeit hin, die Rechnung zu berichtigen.

Maßgebend für die Entscheidung war die vergleichbare Interessenlage bei der Sicherungsübereignung von Gegenständen zur Sicherung einer Forderung. Die zivilrechtliche Eigentums-

übertragung an den Leasinggeber durch den Kläger hatte nur Sicherungs- und Finanzierungsfunktion. Das Gesamtkonzept diente allein der Kaufpreisfinanzierung. Die Verfügungsmacht an den Kopiergeräten war durchgehend beim Kläger verblieben.

(BFH, Urt. v. 9.2.2006 – V R 22/03)

Pressemitteilung d. BFH v. 19.7.2006

BFH: Aufwendungen für ein Erststudium können Werbungskosten sein

Nach der neueren Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs (BFH) können Aufwendungen für eine Bildungsmaßnahme Werbungskosten sein, sofern sie beruflich veranlasst sind. Es kommt für die steuerliche Berücksichtigung nicht darauf an, ob ein neuer, ein anderer oder ein erstmaliger Beruf ausgeübt werden soll. Der erforderliche Veranlassungszusammenhang kann bei jeder beruflichen Bildungsmaßnahme erfüllt sein. Mit Urteil vom 20.7.2006 – VI R 26/05 hat der BFH nunmehr entschieden, dass die gleichen Grundsätze für ein im Anschluss an das Abitur durchgeführtes Hochschulstudium gelten und diese Aufwendungen zum Werbungskostenabzug führen können.

Im Streitfall begann der 1982 geborene Kläger nach Abitur und Zivildienst im Oktober 2003 mit dem Studium der Wirtschaftswissenschaften. Das Finanzamt lehnte den Abzug der Fahrtkosten und weiterer Aufwendungen für das Studium als Werbungskosten ab. Das Finanzgericht gab der Klage insoweit statt. Der BFH ist dieser Auffassung gefolgt. Es bestehe kein Grund, insoweit zwischen einer akademischen und einer nicht akademischen Bildungsmaßnahme zu unterscheiden. Denn in beiden Fällen würden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass der Steuerpflichtige das erworbene Berufswissen am Markt einsetzen könne, um steuerpflichtige Einnahmen zu erzielen.

Zu beachten ist, dass sich die Rechtslage ab Veranlagungszeitraum 2004 geändert hat. Nach § 12 Nr. 5 des Einkommensteuergesetzes (EStG) dürfen Aufwendungen für ein Erststudium außerhalb eines Dienstverhältnisses nicht mehr als Werbungskosten abgezogen werden; diese Aufwendungen können nur noch jährlich bis zu 4.000 EUR als Sonderausgaben zum Abzug gelangen (§ 10 Abs. 1 Nr. 7 EStG).

(BFH, Urt. v. 20.7.2006 – VI R 26/05)

Pressemitteilung d. BFH v. 23.8.2006

BFH: Verfassungswidrigkeit der Ausschlussfrist für die Antragsveranlagung bei Arbeitnehmern

Steuerpflichtige mit Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit können zu viel einbehaltene Lohnsteuer im Rahmen der Einkommensteueranlagung zurückerhalten. Die Einkommensteueranlagung wird bei Arbeitnehmern in vielen Fällen aber nur auf Antrag durchgeführt. Der Antrag muss nach § 46 Abs. 2 Nr. 8 des Einkommensteuergesetzes (EStG) innerhalb von zwei Jahren durch Abgabe einer Einkommensteuererklärung gestellt werden. Wird diese Frist versäumt, kann der Arbeitnehmer die Steuererstattung nicht mehr erreichen.

Der Lohnsteuersenat des Bundesfinanzhofs (BFH) sieht in der zweijährigen Ausschlussfrist für die Antragsveranlagung eine verfassungswidrige Benachteiligung von Arbeitnehmern gegenüber anderen Steuerpflichtigen, die von Amts wegen zur Einkommensteuer veranlagt werden. Denn diese Steuerpflichtigen können bis zum Eintritt der Verjährung und damit noch nach bis zu sieben Jahren zu viel abgeführte Steuern vom Finanzamt zurückfordern. Der BFH hat deshalb dem Bundesverfassungsgericht in den Verfahren VI R 49/04 und VI R 46/05 die Frage zur Entscheidung vorgelegt, ob die Ausschlussfrist für die Antragsveranlagung gegen den allgemeinen Gleichheitssatz in Art. 3 Abs. 1 des Grundgesetzes verstößt. Darüber hinaus hat der BFH am 22.5.2006 weitere, für die Veranlagung von Arbeitnehmern bedeutsame Fragestellungen entschieden.

Wiedereinsetzung in den vorigen Stand:

Einem Steuerpflichtigen, der die Ausschlussfrist für die Antragsveranlagung versäumt hat, weil er sie ohne Verschulden nicht kannte, kann Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gewährt werden (VI R 51/04). Hierdurch hat der BFH die erheblichen Härten, die mit der Versäumung der Antragsfrist und dem daraus resultierenden Ausschluss vom Veranlagungsverfahren für die betroffenen Arbeitnehmer verbunden sind, bereits nach geltendem Recht für viele Fälle gemindert.

Wirksamer Antrag auf kopiertem Vordruck:

Zur Form des Antrags auf Veranlagung hat der BFH entschieden, dass ein wirksamer Antrag auch dann vorliegt, wenn der Steuerpflichtige einen – auch einseitig – privat gedruckten oder fotokopierten Vordruck der Einkommensteuererklärung verwendet, der dem amtlichen Muster entspricht (VI R 15/02).

Antrag entbehrlich, bei Steuerfestsetzung von Amts wegen:

Für die Durchführung eines Veranlagungsverfahrens bedarf es keines Antrags des Steuerpflichtigen auf Veranlagung mehr, wenn das Finanzamt das Veranlagungsverfahren von sich aus bereits durchgeführt und Einkommensteuer festgesetzt hat (VI R 15/05).

Keine Änderung bestandskräftiger Veranlagungen:

Der BFH hat klargestellt, dass § 46 EStG keine Rechtsgrundlage für die Änderung bestandskräftiger Steuerbescheide ist (VI R 17/05). Ein fristgerechter Antrag auf Veranlagung als solcher kann deshalb nicht zu einer erneuten Einkommensteuerfestsetzung führen, sofern bereits ein bestandskräftiger Einkommensteuerbescheid ergangen ist.

Verlustrausgleich zu berücksichtigen:

Für Arbeitnehmer, die Einkünfte auch aus anderen Einkunftsarten beziehen und bei denen deshalb eine Veranlagung von Amts wegen nach § 46 Abs. 2 Nr. 1 EStG in Betracht kommen kann, sind bei der Ermittlung der Summe der nicht dem Lohnsteuerabzug zu unterwerfenden Einkünfte im Veranlagungszeitraum 1999 außerdem die Vorschriften über den Verlustrausgleich in § 2 Abs. 3 EStG i.d.F. des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 zu berücksichtigen (VI R 50/04).

Der BFH wird Ende September 2006 abschließend noch weitere Revisionsverfahren zur Arbeitnehmeranlagung entscheiden. Insbesondere wird die Frage geklärt werden, ob das Finanzamt nicht nur bei positiven Einkünften von mehr als 410 EUR, sondern auch bei entsprechenden Verlusten aus anderen Einkunftsarten eine Veranlagung von Amts wegen durchzuführen hat.

Wäre diese Frage zu bejahen, müssten Arbeitnehmer in Verlustfällen regelmäßig keinen Antrag auf Veranlagung mehr stellen. Die Verluste wären dann auch ohne die zeitliche Beschränkung, die sich aus der Ausschlussfrist für die Antragsveranlagung ergibt, zu berücksichtigen.

(BFH, Urt. v. 22.5.2006 – VI R 51/04, VI R 15/02, VI R 15/05, VI R 17/05, VI R 50/04)

Pressemitteilung d. BFH v. 6.9.2006

Dritthaftung des Abschlussprüfers

- Pflichtprüfung, § 30 BörsenzulassungsV
- Mindestvoraussetzungen für die Haftung gegenüber Dritten
- Wille des Gesetzgebers
- Weitergabe beruflicher Leistungen an Dritte (BGH, Urt. v. 6.4.2006 - III ZR 256/04)

Leitsätze:

1. Dass im Zusammenhang mit einem geplanten Börsengang einer Aktiengesellschaft Bestätigungsvermerke des Abschlussprüfers über eine Pflichtprüfung der Gesellschaft nach § 30 Abs. 1 Börsenzulassungs-Verordnung in einen Verkaufsprospekt aufgenommen werden müssen, führt nicht zur Einbeziehung an einer Beteiligung interessierter Dritter in den Schutzbereich des Prüfvertrages.

2. Zu den Grenzen einer Einbeziehung Dritter in den Schutzbereich des Prüfvertrages über eine Pflichtprüfung nach §§ 316 ff HGB (Fortführung von BGH v. 2.4.1998 - III ZR 245/96, BGHZ 138, 257 = MDR 1998, 993).

Aus den Gründen:

(Zu 1.): ... Im Ausgangspunkt zutreffend gibt das Berufungsgericht die Rechtsprechung des BGH – auch des Senats – wieder, wonach sich aus einem **Vertrag Schutzwirkungen für einen Dritten**, der selbst keinen Anspruch auf die Hauptleistung aus dem Vertrag hat, ergeben können. Dies gilt etwa für Verträge, mit denen der Auftraggeber von einer Person, die über eine besondere, vom Staat anerkannte Sachkunde verfügt, ein Gutachten oder eine gutachtliche Äußerung bestellt, um davon gegenüber einem Dritten Gebrauch zu machen (BGH, Urt. v. 2.4.1998 - III ZR 245/96, BGHZ 138, 257, 260 f = MDR 1998, 993 m.w.N.).

Die Beklagte als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft gehört prinzipiell zu einem Personenkreis, dessen Stellungnahmen aufgrund der Sachkunde und der von ihm erwarteten Unabhängigkeit, Gewissenhaftigkeit und Unparteilichkeit – insbesondere bei Prüfungsaufträgen – von besonderer Bedeutung sind und Grundlage für Entscheidungen Dritter im wirtschaftlichen und finanziellen Bereich sein können. Nicht zufällig betreffen daher einige Entscheidungen des BGH, in denen aus einem Vertrag Schutzwirkungen für Dritte oder eine Haftung aus Vertrauens-

gesichtspunkten in Rede standen, Angehörige dieses Berufsstands (BGH v. 26.9.2000 - X ZR 94/98, BGHZ 145, 187, 197 f = MDR 2001, 324; v. 8.6.2004 - X ZR 283/02, MDR 2004, 1357 = NJW 2004, 3420, 3421; v. 2.4.1998, a.a.O.; v. 15.12.2005 - III ZR 424/04, MDR 2006, 736 = WM 2006, 423, 425).

Kommt es für die Annahme einer Schutzwirkung daher wesentlich darauf an, dass eine von Sachkunde geprägte Stellungnahme oder Begutachtung den Zweck hat, Vertrauen eines Dritten zu erwecken und – für den Sachkundigen hinreichend deutlich erkennbar – Grundlage einer Entscheidung mit wirtschaftlichen Folgen zu werden, genügt dies für eine – von der Rechtsprechung entwickelte – Vertragshaftung gegenüber dem Dritten allein indes nicht. So kommt **Bestätigungsvermerken von Abschlussprüfern** schon aufgrund verschiedener Publizitätsvorschriften, wie z.B. § 325 Abs. 1 HGB oder der im Zusammenhang mit einer Börseneinführung vom Berufungsgericht herangezogene § 30 Abs. 1 der Börsenzulassungs-Verordnung (hier i.d.F. v. 9.9.1998, BGBl I, 2832; aufgehoben durch Art. 4 Nr. 7 des Prospektrichtlinie-Umsetzungsgesetzes v. 22.6.2005, BGBl I, 1698, 1716), **die Bedeutung zu, Dritten einen Einblick in die wirtschaftliche Situation des publizitätspflichtigen Unternehmens zu gewähren und ihnen, sei es als künftigen Kunden, sei es als an einer Beteiligung Interessierten, für ihr beabsichtigtes Engagement eine Beurteilungsgrundlage zu geben.**

Ungeachtet dieser auf Publizität und Vertrauensbildung angelegten Funktion hat der Gesetzgeber die **Verantwortlichkeit des Abschlussprüfers für eine Pflichtprüfung**, wie sie auch hier vorgenommen wurde, wegen einer vorsätzlichen oder fahrlässigen Verletzung von Pflichten nach § 323 Abs. 1 Satz 3 HGB auf Ansprüche der Kapitalgesellschaft und, wenn ein verbundenes Unternehmen geschädigt worden ist, **auf Ansprüche dieses Unternehmens beschränkt**. Gläubigern wie Aktionären gegenüber haftet er nach dieser Bestimmung nicht.

Der Senat hat in seinem Urteil vom 2.4.1998 zwar befunden, diese gesetzliche Regelung schließe Ansprüche von Dritten nach Maßgabe der von der Rechtsprechung entwickelten Grundsätze zur Dritthaftung Sachkundiger nicht von vornherein aus; der unmittelbare **Anwendungsbereich des § 323 Abs. 1 HGB** werde nicht durch eine Dritthaftung berührt, die wesentlich darauf beruhe, dass es Sache der

Vertragsparteien sei zu bestimmen, gegenüber welchen Personen eine Schutzpflicht begründet werden solle (BGH v. 2.4.1998, a.a.O.). **Er hat aber zugleich anerkannt, dass die gesetzgeberische Intention, das Haftungsrisiko des Abschlussprüfers angemessen zu begrenzen, auch im Rahmen der vertraglichen Dritthaftung zu beachten sei und die Einbeziehung einer unbekannten Vielzahl von Gläubigern, Gesellschaftern oder Anteilserwerbern in den Schutzbereich des Prüfauftrags dieser Tendenz zuwiderliefe.**

In einem neueren Urteil, **das eine freiwillige Prüfung betraf**, die nach den Maßstäben der §§ 316, 317 HGB vorgenommen wurde, hat der Senat entschieden, **ein Zeichnungsinteressent könne billigerweise keinen weiter gehenden Drittschutz erwarten als in Fällen einer Pflichtprüfung** (BGH v. 15.12.2005, a.a.O.). Diese vom Senat als restriktiv verstandene Anwendung von Grundsätzen der vertraglichen Dritthaftung im Bereich der Pflichtprüfung ist auch im Hinblick auf das Gesetzgebungsverfahren zu dem am 1.5.1998 in Kraft getretenen Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich vom 27.4.1998 (BGBl I, 786) geboten. (...)

Der Senat sieht sich durch den Gang dieses Gesetzgebungsverfahrens nicht veranlasst, seine im Urteil vom 2.4.1998 vertretene Auffassung einer grundsätzlichen Anwendbarkeit der Grundsätze über die vertragliche Dritthaftung im Bereich von Pflichtprüfungen aufzugeben. **Es ist jedoch erneut zu unterstreichen, dass an die Annahme einer vertraglichen Einbeziehung eines Dritten in den Schutzbereich strenge Anforderungen gestellt werden müssen. Diese waren in der dem Senatsurteil BGHZ 138, 257 (BGH v. 2.4.1998, a.a.O.) zugrunde liegenden Fallgestaltung, in der es während der Prüftätigkeit zu einer Kontaktaufnahme des Dritten mit dem Prüfer gekommen war, gegeben.**

Gemessen an diesen Maßstäben, die das Berufungsgericht nicht beachtet hat, weshalb der Senat an dessen Auslegung nicht gebunden ist, kommt den zwischen der W.-AG und der Beklagten am 1./8.10.1999 für das Geschäftsjahr 1998/99 und am 29./30.11.1999 für das Rumpfgeschäftsjahr 1.10. bis 30.11.1999 geschlossenen Prüfverträgen keine Schutzwirkung für die späteren Erwerberinnen zu. **Im Zeitpunkt der Erteilung der Prüfaufträge stand ein solcher Erwerb nicht im Raum, vielmehr war daran gedacht, dass die W.-AG an die Börse gehen sollte.**

Soweit das Berufungsgericht darauf abstellt, vor der geplanten Börseneinführung habe ein Verkaufsprospekt erstellt werden müssen, in dem über die Bestätigungsvermerke sowie den Namen und die Berufsbezeichnung der Beklagten hätte informiert werden müssen, gibt dies den Inhalt des § 30 Abs. 1 Börsenzulassungs-Verordnung zwar zutreffend wieder. Richtig ist auch, dass durch solche Angaben die Anlagebereitschaft von an einer Beteiligung interessierten Dritten positiv beeinflusst werden kann. Jeden in solcher Weise an einer Beteiligung Interessierten in den Schutzbereich der Prüfverträge einzu beziehen, wäre jedoch ein offener Widerspruch gegen die in § 323 Abs. 1 Satz 3 HGB zum Ausdruck kommende gesetzgeberische Wertung, die die Gerichte zu beachten haben. (...)

(Zu 2.): **Als Anknüpfungspunkt (und Mindestvoraussetzung) für eine Dritthaftung** käme daher von vornherein nur in Betracht, **dass der Beklagten zu einem späteren Zeitpunkt bekannt geworden wäre, ein als Pre-IPO-Investor interessierter Dritter warte ihre Begutachtung ab, um über ein mögliches Engagement zu entscheiden.** Ein solcher Geschehensablauf ist jedoch weder von der Klägerin behauptet noch vom Berufungsgericht festgestellt. Soweit sich das Berufungsgericht auf die Aufsichtsrats-sitzung vom 11.2.2000 bezieht, in der über den Rückzug der Konsortialbank und die Möglichkeit gesprochen wurde, nach einem Pre-IPO-Investor zu suchen und den Börsengang hinauszuschieben, erlaubt der zugrunde gelegte Geschehensablauf eine Einbeziehung der späteren Erwerberinnen in die Prüfverträge nicht.

Anders als in dem dem Senatsurteil BGHZ 138, 257 (BGH v. 2.4.1998, a.a.O.) zugrunde liegenden Fall, in dem es **während der Prüftätigkeit zu einem Kontakt des Dritten mit dem Prüfer kam, war hier die Prüfung bereits seit geraumer Zeit mit den Testaten vom 19.11.1999 und vom 17.12.1999 abgeschlossen. Die Anwesenheit des Prüfers in der Aufsichtsratssitzung beruhte auf § 171 Abs. 1 Satz 2 AktG; die Beklagte genügte daher einer gesetzlichen Pflicht, um den Aufsichtsrat bei seiner Prüfung des Jahresabschlusses, des Lageberichts und des Gewinnverwendungsvorschlags zu unterstützen.** Der Umstand, dass in dieser Sitzung in Anwesenheit des Prüfers erörtert wurde, man beabsichtige jetzt, einen Pre-IPO-Investor in die Gesellschaft aufzunehmen und dann den Börsengang durchzuführen, genügt nicht für die Annahme, es habe zwischen den Parteien der Prüfverträge eine stillschweigende Überein-

kunft bestanden, einen Pre-IPO-Investor in den Schutzbereich der Prüfverträge einzubeziehen. **Da ein Bestätigungsvermerk ohnehin einen publizitätspflichtigen Vorgang darstellt, andererseits die Haftung des Abschlussprüfers im Zusammenhang damit nach § 323 Abs. 1 Satz 3 HGB beschränkt ist, kann das bloße Wissen um oder die Erkennbarkeit von Bemühungen, anstelle eines zunächst geplanten Börsengangs einen Pre-IPO-Investor zu finden, keine Dritthaftung auslösen.**

Zum einen steht einer entsprechenden Erwartung des Vertragspartners schon die in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Beklagten enthaltene Klausel entgegen, wonach die **Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers an einen Dritten seiner schriftlichen Zustimmung bedürfe**. Zum anderen kann aber auch ein möglicher Erwerber, dem – wie hier über das Aufsichtsratsmitglied D., der nach dem Vortrag der Klägerin als späterer Vertreter der Erwerberseite bei den Vertragsverhandlungen aufgetreten ist – das Scheitern des Börsengangs und die hierfür angeführten Gründe bekannt waren, billigerweise nicht erwarten, **die bloße Erkennbarkeit der Relevanz der Bestätigungsvermerke genüge für eine vertragliche Haftung, sofern es an einer ausdrücklich erhobenen Verwahrung hiergegen fehle**. Eine stillschweigende Ausdehnung der Haftung auf Dritte kommt daher grundsätzlich nicht in Betracht, wenn nicht deutlich wird, dass vom Abschlussprüfer im Drittinteresse eine besondere Leistung erwartet wird, die über die Erbringung der gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfung hinausgeht. (...)

Fristenkontrolle durch den Anwalt

– Glaubhaftmachung
(BGH, Beschl. v. 27.10.2005 – III ZB 76/05)

Leitsatz:

Zur Glaubhaftmachung der unverschuldeten Versäumung der Berufungsbegründungsfrist durch eidesstattliche Versicherung des Prozessbevollmächtigten, der die Aufgabe der Notierung, Überwachung und Erledigung von Fristen nicht an Büroangestellte übertragen hat, sondern selbst vornimmt.

Aus den Gründen:

I.

Das klageabweisende Urteil des Landgerichts ist der Klägerin am 13.10.2004 zugestellt worden. Hiergegen hat sie am 15.11.2004, einem Montag, fristgerecht Berufung eingelegt. Am 17.12.2004 wies sie der Vorsitzende des Berufungssenats darauf hin, dass eine Berufungsbegründung noch nicht zu den Akten gelangt sei. Am 23.12.2004 ging die auf den 9.12.2004 datierte Berufungsbegründung ein. Mit Schriftsatz vom 27.12.2004, eingegangen am 28.12.2004, beantragte der Prozessbevollmächtigte der Klägerin vorsorglich Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und holte die versäumte Prozesshandlung durch einen auf den 9.11.2004 datierten Schriftsatz nach.

Zur Begründung seines Wiedereinsetzungsantrags führte er aus, er habe den Berufungsbegründungsschriftsatz am 9.12.2004 in den Abendstunden in H. in einen bestimmten, für Autofahrer vorgesehenen Briefkasten eingeworfen. Der verspätete Eingang könne nur auf Beförderungsschwierigkeiten der Post in H. zurückgeführt werden, worüber auch in der örtlichen Presse berichtet worden sei.

Das Berufungsgericht hat die Berufung der Klägerin als unzulässig verworfen und ihren Wiedereinsetzungsantrag zurückgewiesen. Hiergegen richtet sich die Rechtsbeschwerde der Klägerin.

II.

Die nach § 574 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 i.V.m. § 522 Abs. 1 Satz 4 ZPO statthafte Rechtsbeschwerde ist nicht zulässig, weil weder die Rechtssache grundsätzliche Bedeutung hat noch die Fortbildung des Rechts oder die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung eine Entscheidung des Rechtsbeschwerdegerichts erfordert.

1. Zu Recht ist das Berufungsgericht davon ausgegangen, dass die Berufungsbegründung nicht innerhalb der am 13.12.2004 abgelaufenen Frist eingegangen ist. **Die rechtzeitige Vornahme einer Prozesshandlung wird im Regelfall durch den Eingangsstempel des angegangenen Gerichts nachgewiesen (§ 418 Abs. 1 ZPO)**, wobei der im Wege des Freibeweises zu führende Gegenbeweis zulässig ist (§ 418 Abs. 2 ZPO). Die Klägerin hat zwar geltend gemacht, ihr Prozess-

bevollmächtigter habe die Berufungsbegründung so rechtzeitig zur Beförderung gegeben, dass sie bei normalem Verlauf der Dinge fristgerecht bei Gericht hätte eingehen müssen. **Angesichts des Umstands, dass der Eingangsstempel auf eine mindestens zehntägige Verspätung der Beförderung hinwies und keine Anhaltspunkte dafür sprechen, der Schriftsatz habe sich schon tagelang ohne Eingangsstempel im Bereich des Gerichts befunden, bestand zu der von der Beschwerde vermissten Vernehmung des Prozessbevollmächtigten als Zeugen kein hinreichender Anlass.**

Anders als in den Fällen, die den Beschlüssen des Bundesgerichtshofs vom 4.6.1992 (IX ZB 10/92, NJW-RR 1992, 1338, 1339), vom 27.11.1996 (XII ZB 177/96, NJW 1997, 1312), vom 27.2.2002 (I ZB 23/01, NJW-RR 2002, 1070), vom 21.6.2004 (II ZB 18/03, NJW-RR 2005, 75, 76) und dem Urteil vom 14.10.2004 (VII ZR 33/04, NJW-RR 2005, 75) zugrunde lagen und in denen jeweils der im Widerspruch zum Eingangsstempel stehende fristgerechte Einwurf in den Gerichtsbriefkasten behauptet war, wäre hier eine Vernehmung des Prozessbevollmächtigten nicht geeignet gewesen, die Richtigkeit des Eingangsstempels zu widerlegen.

2. Es ist auch rechtlich nicht zu beanstanden, dass das Berufungsgericht der Klägerin die Erteilung von Wiedereinsetzung versagt hat.

Das Berufungsgericht stellt nicht den Grundsatz in Frage, dass einer Partei Wiedereinsetzung zu erteilen ist, wenn eine Fristversäumung nicht auf ihrem Verschulden oder demjenigen ihres Prozessbevollmächtigten beruht, sondern auf **Unregelmäßigkeiten bei der Postbeförderung, die außerhalb ihrer Einflussnahme stehen.** Das Letztere ist für das Berufungsgericht jedoch offen geblieben. Zwar steht dem die Darstellung des Prozessbevollmächtigten der Klägerin entgegen, deren Richtigkeit er an Eides Statt versichert hat. Das Berufungsgericht hält sich aber im Rahmen fehlerfreier Würdigung, wenn es ein Verschulden des Anwalts für nicht ausgeräumt hält.

Die Zeitungsberichte über Zustellprobleme in H. betreffen den krankheits- oder urlaubsbedingten **Ausfall von Zustellbeamten** vor Ort, die nicht darauf hinweisen, dass auch eingelieferte Postsendungen unbearbeitet liegen geblieben sind. Nicht zu beanstanden ist auch die Annahme, dass bereits ein **weihnachtsbedingter Beförderungsstau** bei dem behaupteten Einwurf der

Sendung am 9.12.2004 – anders als ein Zeitungsbericht vom 22.12.2004 ausweist – vorgelegen habe, liege nicht nahe. Auch die vorgelegte Bestätigung der Post lässt Unregelmäßigkeiten in dieser Richtung nicht erkennen.

Was die Angaben des Prozessbevollmächtigten der Klägerin angeht, hat das Berufungsgericht eine **Gesamtbewertung vorgenommen, die Besonderheiten seiner Praxisführung, Widersprüche im Vortrag und die ungewöhnliche Dauer der Verspätung berücksichtigt.** Hervorzuheben ist vor allem der Umstand, dass der Prozessbevollmächtigte der Klägerin die Notierung von Fristen und deren Überwachung und Erledigung selbst vornimmt und nicht an Büroangestellte übertragen hat. Dabei wird **weder ein Postausgangsbuch noch ein Fristenkalender** im eigentlichen Sinn geführt. In dem vom Prozessbevollmächtigten der Klägerin geführten Kalender werden Fristen nur „zumeist“ eingetragen. Unter dem 9.12.2004 findet sich zwar ein Hinweis auf die Berufungsbegründung in dieser Sache, hervorgehoben ist diese Eintragung jedoch nicht. Vor allem nutzt der Prozessbevollmächtigte in seinem Kalender vorgesehene gesonderte Eintragungsräume für Fristen und Wiedervorlagen nicht.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht zu beanstanden, dass das Berufungsgericht ein mögliches Versehen des Prozessbevollmächtigten der Klägerin durch dessen eidesstattliche Versicherung nicht als ausgeräumt und sein Erinnern als nicht hinreichend verlässlich angesehen hat. Die Berufsausübungsfreiheit des Einzelanwalts gemäß Art. 12 Abs. 1 GG **verlangt nicht**, wie die Beschwerde meint, **dass das Gericht – ohne Rücksicht auf weitere Umstände – seiner eidesstattlich versicherten Darstellung der Abläufe folgen müsste, wenn andere büroorganisatorische Maßnahmen oder sonstige objektiven Umstände sie nicht zu belegen vermögen.**

Der Senat hätte zwar Bedenken, eine Glaubhaftmachung durch eidesstattliche Versicherung in der Regel für nicht ausreichend zu halten, wenn hinsichtlich der Fristen keine objektiven Kontrollenrichtungen vorhanden und auch Dritte nicht in die Aufgabe der Fristenwahrung eingebunden sind, wie das Berufungsgericht am Ende seiner Entscheidung ausführt. Die Begründung der angefochtenen Entscheidung im Ganzen zeigt jedoch, dass sie nicht auf einem solchen Rechtssatz beruht, sondern auf der umfassenden tatrichterlichen Würdigung, die als solche nicht zu beanstanden ist.

Prozessfehler in erster Instanz

- Pflicht zur Einlegung eines Rechtsmittels, Mitverschulden?
 - Kostenpflicht, Vorschuss für zweite Instanz?
 - Kostenfreistellung
 - Erfolg des Rechtsmittels
- (BGH, Urt. v. 6.10.2005 - IX ZR 111/02)

Leitsatz:

Hat der Auftraggeber einen Prozess in erster Instanz aufgrund unzureichenden Vortrags seines Prozessbevollmächtigten verloren, darf er, ohne sich dem Einwand des Mitverschuldens auszusetzen, die Einlegung der Berufung von dessen Erklärung abhängig machen, dass er den Auftraggeber von den Kosten der zweiten Instanz freistelle, falls ergänzender Vortrag im Hinblick auf die Verspätungsvorschriften nicht zugelassen und deshalb die Berufung zurückgewiesen werde.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin macht aus abgetretenem Recht ihrer Mutter, einer Handelsvertreterin, einen Schadenersatzanspruch gegen den verklagten Rechtsanwalt geltend. Dieser habe in einem vorausgegangenen Rechtsstreit vor dem Landgericht Düsseldorf den Anspruch der Zedentin gegen deren Geschäftsherrin auf Zahlung eines Handelsvertreterausgleichs (§ 89b HGB) nicht schlüssig dargelegt und damit seine anwaltlichen Pflichten schuldhaft verletzt. Gegen das die Klage abweisende Urteil erster Instanz hat die Zedentin kein Rechtsmittel eingelegt.

Die auf Zahlung von 232.500 DM gerichtete Klage hatte in den Vorinstanzen keinen Erfolg. Dagegen wendet sich die Klägerin mit ihrer vom Senat zugelassenen Revision. Das Rechtsmittel führt zur Aufhebung und Zurückverweisung.

Aus den Gründen:

I.

Das Berufungsgericht hat ausgeführt, der Beklagte habe seine anwaltlichen Pflichten als Prozessbevollmächtigter der Zedentin im Vorprozess schuldhaft verletzt. Er habe die Voraussetzungen des geltend gemachten Ausgleichs-

anspruchs aus § 89b HGB nicht schlüssig dargelegt. Darauf habe die damalige Prozessgegnerin bereits in ihrer Klageerwidderung hingewiesen. Auch habe der Vorsitzende des Gerichts in der mündlichen Verhandlung entsprechende Bedenken geäußert. Der Beklagte habe jedoch nicht auf eine Ergänzung des Vortrags durch die – im Termin anwesende – Zedentin hingewirkt und auch sonst keine prozessualen Maßnahmen ergriffen, die eine Substantiierung des Vorbringens noch ermöglicht hätten. Es entlaste ihn auch nicht, dass er über einen Verkehrsanwalt, seinen nunmehrigen Streithelfer, mit der Zedentin korrespondiert habe.

Zugunsten der Klägerin könne weiter unterstellt werden, dass der Zedentin durch die Pflichtverletzung des Beklagten der geltend gemachte Schaden entstanden sei. Der Zedentin wäre es nach entsprechendem Hinweis des Beklagten gelungen, ihren Ausgleichsanspruch nach Grund und Höhe schlüssig darzulegen und zu beweisen; die verklagte Geschäftsherrin hätte nicht beweisen können, dass sie das Vertragsverhältnis berechtigt aus wichtigem Grund gekündigt habe und der Ausgleichsanspruch somit ausgeschlossen sei.

Gleichwohl sei die Regressklage abzuweisen, weil die Zedentin den für sie negativen Ausgang des Vorprozesses durch Einlegung der Berufung hätte abwenden können und müssen (§ 254 Abs. 2 BGB). Es lasse sich nicht feststellen, dass das Rechtsmittel keinen Erfolg gehabt hätte, weil das ergänzende, den Ausgleichsanspruch schlüssig begründende Vorbringen gemäß § 528 ZPO in der bis zum 31.12.2001 geltenden Fassung als verspätet zurückgewiesen worden wäre. Vielmehr sei es ständige, dem Gesetz entsprechende Praxis des Regresssenats, der zugleich für Handelsvertreterachen zuständig sei, selbst dann, wenn die Ausgleichsklage in der Berufungsinstanz noch nicht schlüssig begründet sei, den klagenden Handelsvertreter darauf hinzuweisen und ihm noch Gelegenheit zur Nachbesserung zu geben.

Es entlaste die Zedentin nicht, dass ihre neuen, nach Zustellung des im Vorprozess ergangenen Urteils beauftragten Rechtsanwälte ihr dazu geraten hätten, kein Rechtsmittel einzulegen. Diese fehlerhafte Einschätzung müsse sich die Zedentin als eigenes Verschulden entgegenhalten lassen. Es sei ihr zuzumuten gewesen, das keineswegs aussichtslos erscheinende Rechtsmittel einzulegen. Zwar habe der Beklagte es abgelehnt, das damit verbundene Kosten-

risiko für den Fall zu übernehmen, dass die Berufung wegen Verspätung des neuen Vorbringens gemäß § 528 ZPO a.F. zurückgewiesen werde. Den Beklagten habe jedoch keine Vorschusspflicht hinsichtlich der Kosten des Berufungsrechtszuges getroffen.

II.

Diese Ausführungen halten einer rechtlichen Überprüfung in wesentlichen Punkten nicht stand.

1. Allerdings hat das Berufungsgericht – entgegen der Ansicht der Revision – nicht angenommen, der **Zurechnungszusammenhang zwischen dem Anwaltsfehler des Beklagten und dem der Zedentin entstandenen Schaden sei unterbrochen, weil die Zedentin es unterlassen habe, die ihr drohenden Nachteile durch Einlegung der Berufung abzuwenden. Eine derartige Unterbrechung kommt nach der Rechtsprechung des Senats nur in Betracht, wenn der Eingriff des Geschädigten in den Geschehensablauf unvertretbar und völlig unsachgemäß ist** (BGH, Urt. v. 14.7.1994 – IX ZR 204/93, WM 1994, 2162; v. 29.11.2001 – IX ZR 278/00, WM 2002, 505, 508). Im vorliegenden Fall hat das Berufungsgericht den Zurechnungszusammenhang ausdrücklich bejaht.

2. Zutreffend (vgl. BGHZ 133, 110, 111; BGH, Urt. v. 9.12.1999 – IX ZR 129/99, WM 2000, 959, 962; v. 27.1.2000 – IX ZR 45/98, WM 2000, 966, 968) ist auch die Ansicht des Berufungsgerichts, für die **hypothetische Betrachtung, wie der Vorprozess ausgegangen wäre, wenn die Klägerin gegen das klageabweisende erstinstanzliche Urteil Berufung eingelegt hätte, komme es ausschließlich auf die Sicht des Regressrichters an.**

Diese Ansicht wird nicht dadurch infrage gestellt, dass das Berufungsgericht an anderer Stelle darauf hingewiesen hat, es hätte – falls in dem früheren Verfahren die Berufung eingelegt worden wäre – nach der internen Zuständigkeitsverteilung beim Oberlandesgericht Düsseldorf selbst darüber entscheiden müssen, und nach seiner ständigen Praxis sei es zulässig, dass Ausgleichsklagen von Handelsvertretern erst in der Berufungsinstanz schlüssig begründet würden. Denn das Berufungsgericht hat weiter bemerkt, diese Praxis sei eine „dem Gesetz entsprechende“, womit es die maßgebliche Sicht des Regressrichters zum Ausdruck gebracht hat.

3. Entgegen der Auffassung des Berufungsgerichts kann jedoch der Beklagte der Klägerin nicht als **Mitverschulden** (§ 254 Abs. 2 BGB) entgegenhalten, sie hätte Berufung einlegen müssen. Denn er hat sich geweigert, die von der Zedentin verlangte eingeschränkte Kostenfreistellungserklärung abzugeben. Ohne eine solche durfte die Zedentin von der Einlegung des Rechtsmittels absehen.

Die Ansicht des Berufungsgerichts, es sei die alleinige Obliegenheit der Zedentin gewesen, ihren Anspruch durchzusetzen und Rechtsmittel gegen das abweisende erstinstanzliche Urteil einzulegen, steht im Widerspruch zu der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs. **Danach hat ein Rechtsanwalt, dem ein Fehler unterlaufen ist, aus dem seinem Auftraggeber ein Schaden droht, zusätzliche honorarfreie Leistungen zu erbringen, sofern sich der Schadeneintritt nur noch auf diese Weise verhindern lässt** (BGH, Urt. v. 10.2.1994 – IX ZR 109/93, WM 1994, 1114).

Ist der Schaden aus von dem Rechtsanwalt zu verantwortenden Gründen bereits eingetreten, **besteht jedoch berechnete Aussicht, ihn durch einen zweiten Prozess zu beseitigen oder zu verringern, hat der Anwalt aufgrund der ihn nach § 249 BGB treffenden Ersatzpflichten seinem Mandanten die dafür erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, sofern er ihn nicht auf andere Weise entschädigt** (BGH, Urt. v. 21.9.2000 – IX ZR 439/99, WM 2000, 2437, 2439).

Nach der Rechtsprechung des Senats ist ein **Schaden bereits dann eingetreten, wenn eine ansonsten begründete Klage wegen eines Anwaltsfehlers abgewiesen wird** (BGH, Urt. v. 12.2.1998 – IX ZR 190/97, WM 1998, 786, 787 f). Rechtskräftig braucht die Abweisung nicht zu sein (BGH, Urt. v. 11.2.1998, a.a.O., 788; v. 8.12.1999 – IX ZR 129/99, WM 2000, 959, 960; v. 27.1.2000 – IX ZR 354/98, WM 2000, 969, 970; anders noch Urt. v. 9.7.1992 – IX ZR 50/91, WM 1992, 2023, 2024 f).

Wenn nach Schadeneintritt der Rechtsanwalt für den Mandanten sogar einen Zweitprozess auf eigenes Risiko und eigene Kosten führen muss, hat er, falls der Mandant wegen der anwaltlichen Pflichtverletzung in erster Instanz unterlegen und der Schaden somit bereits vor Beendigung eines Prozesses eingetreten ist, auch das **Kostenrisiko für eine weitere Instanz** zu tragen.

Das Berufungsgericht hat gemeint, der Beklagte wäre „allenfalls“ nach einer Zurückweisung der Berufung – soweit auch dieser Misserfolg auf die von dem Beklagten zu vertretende Pflichtverletzung zurückzuführen gewesen wäre – zur Übernahme der Kosten des zweiten Rechtszuges verpflichtet gewesen; eine **Vorschusspflicht** habe ihn nicht getroffen. Ob dem zuzustimmen ist, braucht nicht entschieden zu werden. **Denn einen „Vorschuss“ hatte die Zedentin nicht verlangt.** Sie hatte mit Anwaltsschreiben vom 19.8.1997 dem Beklagten lediglich angesonnen, **sie von den Kosten des Berufungsverfahrens für den Fall freizustellen, dass diese Instanz aus den von dem Beklagten zu verantwortenden Gründen ebenfalls verloren gehen sollte.**

Soweit das Berufungsgericht diese Freistellungspflicht verneint hat, ist dies mit der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (*Urt. v. 21.9.2000, a.a.O.*) nicht zu vereinbaren. Die Zedentin hat von dem Beklagten nur verlangt, wozu er ohnehin verpflichtet war. **Denn die Kostenlast, von der die Klägerin Freistellung begehrt hat, wäre ggf. nur eine weitere Folge der haftungsbegründenden Pflichtverletzung des Beklagten gewesen.**

Es kann nicht danach unterschieden werden, ob die Einlegung des Rechtsmittels aussichtslos ist oder nicht. Wer ein aussichtsloses Rechtsmittel nicht einlegt, handelt seinen eigenen Interessen niemals zuwider. Ist das Rechtsmittel nicht aussichtslos, der Erfolg aber auch nicht gewiss, ist es in einem Fall wie dem vorliegenden kein „Verschulden gegen sich selbst“, entspricht es vielmehr einem vernünftigen Prozessverhalten, wenn die Partei die Einlegung eines Rechtsmittels von einer eingeschränkten Kostenfreistellungserklärung des Schädigers abhängig macht.

Ein Mitverschulden kann dem Mandanten allenfalls dann vorgeworfen werden, wenn für diesen klar zutage liegt, dass das Rechtsmittel Erfolg haben würde, und er gleichwohl davon keinen Gebrauch macht, weil der für den Misserfolg der Klage in erster Instanz verantwortliche Rechtsanwalt die von ihm verlangte Kostenfreistellungserklärung nicht abgibt.

Ob ein derartiges Verhalten des Mandanten als „rechtsmissbräuchlich“ anzusehen wäre, braucht der Senat nicht zu entscheiden.

Denn einen solchen Fall hat das Berufungsgericht nicht festgestellt. Es hat sich nicht einmal davon überzeugen können, dass die Berufung hätte Erfolg haben müssen. Vielmehr hat es lediglich nicht ausschließen können, dass die Berufung Erfolg gehabt hätte („Dass eine Berufung ... keinen Erfolg gehabt hätte, ... lässt sich nicht feststellen“).

In der mündlichen Verhandlung vor dem Senat hat der Revisionsbeklagte darauf hingewiesen, dass die Zedentin Berufung hätte einlegen und ihm – dem Revisionsbeklagten – den Streit hätte verkünden können. Dies ist zutreffend, begründet jedoch kein Mitverschulden. Im Verhältnis zu dem Schädiger steht es dem Geschädigten frei, ob er sich die Nebeninterventionswirkung einer Streitverkündung zunutze machen oder ohne diese den Regressprozess durchführen will.

Zwar hätte der Beklagte im Falle einer Streitverkündung dem Rechtsstreit beitreten und sodann seinen Rechtsstandpunkt zur Geltung bringen können. Den Weg hierzu hätte ihm jedoch auch die Abgabe der eingeschränkten Kostenfreistellungserklärung geebnet, welche die Zedentin von ihm verlangt hat.

III.

Das Berufungsurteil ist somit aufzuheben (§ 562 Abs. 1 ZPO). Die Sache ist an das Berufungsgericht zurückzuverweisen (§ 563 Abs. 1 ZPO). Dieses wird nunmehr prüfen müssen, ob – was bisher lediglich unterstellt worden ist – durch die Pflichtverletzung des Beklagten der geltend gemachte Schaden entstanden ist.

In diesem Zusammenhang weist der Senat auf Folgendes hin:

Ob einer im Vorprozess eingelegten Berufung unter Anwendung der Verspätungsvorschriften der Erfolg hätte versagt werden müssen, hat das Berufungsgericht offen gelassen. Stattdessen hat es ausgeführt, es könne nicht feststellen, dass die Berufung keinen Erfolg gehabt hätte. **Der Umstand, dass die Zedentin im Vorprozess keine Berufung eingelegt hat, ist für das Unterliegen im Vorprozess jedoch nur ursächlich geworden, wenn positiv festgestellt werden kann, dass die Berufung Erfolg hätte haben müssen.**

Verjährungsbeginn der Anwaltshaftung

- Ausübung eines Gestaltungsrechts, Rücktrittserklärung
- Auslegung der Erklärung des Anwalts (BGH, Urt. v. 23.6.2005 - IX ZR 197/01)

Leitsatz:

Zum Verjährungsbeginn der Anwaltshaftung im Fall eines rechtlich umstrittenen Rücktritts vom Vertrag, der (günstigere) Schadenersatzansprüche ausschließt.

Zum Sachverhalt:

Die Kläger nehmen die Beklagten, die damals Gesellschafter der mit einem Beratungsmandat der Kläger betrauten Rechtsanwaltssozietät Dr. K. und Partner waren, auf Schadenersatz wegen anwaltlicher Pflichtverletzung in Anspruch.

Die Kläger verkauften mit notarieller Urkunde vom 19.12.1991 ein ihnen in zwei Erbengemeinschaften gehörendes Grundstück zum Preis von 7.804.800 DM an die I.-GmbH. Der Kaufpreis war in zwei Raten aufzubringen, deren erste in Höhe von 2.341.440 DM vierzehn Tage nach Beurkundung des Kaufvertrages auf einem Anderkonto der Urkundsnotarin zu hinterlegen war. Für den Fall des Zahlungsverzuges stand den Klägern ein vertragliches Rücktrittsrecht (Ziff. III. 3. der Vertragsurkunde) zu.

Nachdem die Käuferin die erste Rate zum vereinbarten Termin nicht gezahlt hatte, erklärten die Kläger mit Schreiben vom 20.1.1992, den Kaufvertrag unter Bezug auf Ziffer III. 3. der Vertragsurkunde mit sofortiger Wirkung zu kündigen und Anspruch auf „verlorenen Gewinn“ zu erheben. Die Käuferin zahlte hierauf am 18.2.1992 einen Betrag von 1.000.000 DM als Teil der ersten Kaufpreisrate auf das Notaranderkonto ein. Als weitere Zahlungen ausblieben, erklärten die Kläger mit Schreiben vom 30.4.1992 abermals, gemäß den kaufvertraglichen Regelungen von dem Vertrag zurückzutreten und Anspruch auf „verlorenen Gewinn“ zu erheben.

Im Auftrag sämtlicher Kläger stellte sodann der mit den Beklagten in Sozietät verbundene Rechtsanwalt und Notar S. durch ein Schreiben an die Käuferin vom 3.6.1992 klar, dass die

schriftlichen Erklärungen der Kläger vom 20.1. und 30.4.1992 als Ausübung des vertraglichen Rücktrittsrechts zu verstehen seien. Nach Eintragung der Auflassungsvormerkung für die Käuferin am 18.12.1992 geriet daraufhin die Durchführung des Kaufvertrages ins Stocken.

Die Kläger und die Käuferin stritten in der Folge um die Wirksamkeit des Rücktritts vom 3.6.1992. Nach Abweisung ihrer Feststellungsklage in erster Instanz setzten die Kläger der Käuferin eine Nachfrist zur Hinterlegung des gesamten Kaufpreises und erklärten erneut den Rücktritt vom Vertrag, falls die Käuferin nicht rechtzeitig zahle. Mit Schreiben vom 7.9.1993 wiederholte der Beklagte zu 2) die Rücktrittserklärung und forderte die Käuferin auf, für die eingetragene Vormerkung Zug um Zug gegen Freigabe des hinterlegten Teilkaufpreises die Löschung zu bewilligen. Ein entsprechendes Berufungsurteil zwischen den Kaufvertragsparteien erging zugunsten der Kläger am 22.6.1994 auf den gestellten Hilfsantrag. Die Kosten dieses Rechtsstreits hatte die Käuferin zu tragen. Dieses Berufungsurteil erlangte Rechtskraft.

Mit Schreiben vom 29.8.1994 gab der Beklagte zu 2) für die Kläger von dem hinterlegten Kaufpreisteil 855.998,92 DM zzgl. sämtlicher aufgelaufener Zinsen frei. Auf Anraten des Beklagten zu 2) gaben die Kläger am 25.4.1995 auch den zuletzt noch auf dem Notaranderkonto verbliebenen Restbetrag frei, nachdem die Käuferin hiervon die Verwendung der erteilten Löschungsbewilligung abhängig gemacht hatte.

Im Kostenfestsetzungsverfahren der Beklagten und ihrer Sozien gegen die Kläger erhoben diese, anwaltlich vertreten durch ihren Streithelfer, mit Schriftsatz vom 23.6.1995 Einwendungen gegen den Festsetzungsbeschluss mit dem Vorwurf fehlerhafter Beratung durch die Sozietät der Beklagten. Mit Schreiben vom 1.8.1995 erklärte der Beklagte zu 2) daraufhin das Mandat für beendet.

Die Kläger verlangen unter Behauptung zwischenzeitlich eingetretener Verringerung des Grundstückswerts Schadenersatz wegen anwaltlicher Fehlberatung. Dieser Anspruch ist mit der am 31.7.1998 beim Landgericht eingegangenen und am 28.8.1998 zugestellten Klage rechtshängig gemacht worden. Dem für sie tätig gewesenen Beklagten zu 2) und seinen Sozien werfen die Kläger vor, Erfolg versprechende Schadenersatzansprüche gegen die Käuferin vereitelt zu haben, indem sie auf das

vertragliche Rücktrittsrecht festgelegt worden seien, anstatt nach Fristsetzung mit Ablehnungsandrohung gemäß § 326 BGB a.F. Schadenersatz wegen Nichterfüllung geltend zu machen. Hilfsweise haben sich die Kläger darauf gestützt, dass der Beklagte zu 2) ohne rechtlich zureichende Gründe den hinterlegten Teilkaufpreis auf dem Notaranderkonto freigegeben bzw. freizugeben angeraten habe. Dadurch sei es ihnen nicht einmal möglich gewesen, die Kosten des gewonnenen Vorprozesses von insgesamt 319.879,31 DM zzgl. Zinsen von der Käuferin beizutreiben.

In den Vorinstanzen hatte die Klage mit Ausnahme eines Teils der Zinsen Erfolg. Mit ihrer Revision beantragen die Beklagten weiterhin, die Klage insgesamt abzuweisen.

Die Revision ist begründet. Die Klage ist nach dem festgestellten Streitverhältnis (§ 565 Abs. 3 ZPO a.F.) wegen Anspruchsverjährung (§ 222 Abs. 1 BGB a.F.) abzuweisen.

Aus den Gründen:

I.

Das Berufungsgericht hat gemeint, die Beklagten hätten erkennen können, dass es den Klägern in erster Linie darum gegangen sei, Ansprüche auf Ersatz ihres Nichterfüllungsschadens durchzusetzen. Daran seien die Kläger endgültig erst durch das Anwaltsschreiben vom 3.6.1992 gehindert worden. Denn die mit Schreiben vom 20.1. und 30.4.1992 abgegebenen Erklärungen hätten noch keinen wirksamen Rücktritt dargestellt. Bei pflichtgemäßem Vorgehen der beauftragten Rechtsanwälte hätten die Kläger ihren Schadenersatzanspruch in Höhe des von der Käuferin hinterlegten Kaufpreisteils durchsetzen können.

Der Klageanspruch sei auch nicht verjährt. Zwar sei die Primärverjährung eingetreten. Die Rechtsanwälte hätten es aber unterlassen, die Kläger rechtzeitig auf mögliche Regressansprüche und deren drohende Verjährung hinzuweisen. Dadurch sei die dreijährige Sekundärverjährung in Lauf gesetzt worden. Diese habe begonnen, als der Beklagte zu 2) mit Schreiben vom 1.8.1995 das Mandat ohne den gebotenen Hinweis auf die Verjährungsfrist beendet hätte. Diese Sekundärverjährung sei durch die im vorliegenden Verfahren erhobene Klage noch rechtzeitig unterbrochen worden.

II.

Dies hält rechtlicher Nachprüfung nicht stand. Etwaige Schadenersatzansprüche der Kläger aus dem hauptsächlichen Klagegrund sind nach den unangegriffenen Feststellungen des Berufungsgerichts verjährt.

1. Die Verjährung richtet sich im Streitfall für den Hauptanspruch nach § 51 BRAO in der vor dem 9.9.1994 geltenden Fassung. Nach dieser Bestimmung verjähren Schadenersatzansprüche aus einem Anwaltsvertrag in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist, spätestens jedoch in drei Jahren nach der Beendigung des Auftrags. Hat der Anwalt vor Ablauf der Verjährung des Primäranspruchs begründeten Anlass zu prüfen, ob er seine Auftraggeber durch einen Fehler geschädigt hat, und muss er dabei eine durch seinen Fehler eingetretene Schädigung erkennen, so entsteht die Verpflichtung, auf die Möglichkeit der eigenen Haftung sowie auf die kurze Verjährungsfrist des § 51 BRAO a.F. hinzuweisen.

Diese sekundäre Pflicht ist verletzt, wenn der Rechtsanwalt den gebotenen Hinweis vor Eintritt der Primärverjährung oder vor Mandatsbeendigung, falls diese vor Ablauf der Primärverjährung erfolgt, nicht erteilt hat. Versäumt der haftpflichtige Anwalt dies schuldhaft, steht dem Geschädigten ein Sekundäranspruch zu, der sich darauf richtet, so gestellt zu werden, als wäre die Verjährung des primären Schadenersatzanspruchs nicht eingetreten (vgl. BGHZ 94, 380, 385 f; BGH, Urt. v. 14.11.1991 – IX ZR 31/91, WM 1992, 579, 581; v. 9.12.1999 – IX ZR 129/99, WM 2000, 959, 960; v. 12.2.2004 – IX ZR 246/02, BGH-Report 2004, 809, 811). Davon ist auch das Berufungsgericht zutreffend ausgegangen.

2. Das Berufungsgericht hat jedoch fehlerhaft die Ansicht vertreten, dass die Sekundärverjährung hier erst durch das Mandatsbeendigungsschreiben vom 1.8.1995 in Lauf gesetzt worden ist. Es hat dabei verkannt, dass es auf den Zeitpunkt der Mandatsbeendigung nur dann ankommt, wenn der Primäranspruch zu diesem Zeitpunkt noch nicht verjährt ist. Die Primärverjährung des seiner Entscheidung zugrunde liegenden Hauptanspruchs der Klage ist aber nach seinen eigenen Feststellungen schon Anfang Juni 1995 eingetreten. Schadenbegründend war im Streitfall das Anwaltsschreiben vom 3.6.1992, mit dem die Käufer wirksam vom Kaufvertrag zurückgetreten sind.

Die am 31.7.1998 beim Landgericht anhängig gewordene und demnächst zugestellte Klage konnte daher die Anfang Juni 1998 abgelaufene Sekundärverjährung nicht mehr unterbrechen.

a) **Die Verjährung des vertraglichen Schadenersatzanspruchs beginnt, wenn der Schaden wenigstens dem Grunde nach entstanden ist**, mag seine Höhe auch noch nicht beziffert werden können. Das trifft zu, sobald **durch die Verletzungshandlung eine als Schaden anzusehende Verschlechterung der Vermögenslage eingetreten** ist, ohne dass feststehen muss, ob der Schaden bestehen bleibt und damit endgültig wird oder ob mit der nicht fern liegenden Möglichkeit weiterer, noch nicht erkennbarer, adäquat verursachter Nachteile bei verständiger Würdigung zu rechnen ist. Ist dagegen noch offen, ob ein pflichtwidriges, mit einem Risiko behaftetes Verhalten zu einem Schaden führt, so ist ein Ersatzanspruch noch nicht entstanden, so dass eine Verjährungsfrist nicht in Lauf gesetzt wird (BGHZ 119, 69, 70 f; BGH, Urt. v. 12.2.2004, a.a.O.).

Besteht der Pflichtverstoß des Rechtsanwalts darin, dass durch die **Ausübung eines vertraglichen Gestaltungsrechts** andere, sonst Erfolg versprechende Ansprüche dauerhaft vereitelt werden, **so entsteht der Schaden bereits mit der Ausübung des Gestaltungsrechts**, weil sich bereits dadurch die Vermögenslage des Auftraggebers endgültig verschlechtert hat (vgl. BGH, Urt. v. 26.2.1985 - VI ZR 144/83, WM 1985, 1038, 1040; v. 24.1.2002 - IX ZR 228/00, WM 2002, 1073, 1076). **Im vorliegenden Fall ist der Schaden der Kläger durch die im Anwaltsschreiben vom 3.6.1992 enthaltene Klarstellung eingetreten, welche die Kläger auf die Ausübung des vertraglichen Rücktrittsrechts festgelegt hat.**

Die Revisionserwiderung versucht ohne Erfolg, den Verjährungsbeginn bei Zugang des Anwaltsschreibens vom 3.6.1992 auf den 7.9.1993 zu verlagern, als der Beklagte zu 2) die Rücktrittserklärung für die Kläger wiederholte. Das **anwaltliche Klarstellungsschreiben** vom 3.6.1992 aus der Sozietät der Beklagten war nicht mangels Rücktrittsgrundes wirkungslos. Das angefochtene Urteil lässt im Ergebnis erkennen, dass das Berufungsgericht vom Vorliegen eines Rücktrittsgrundes ausgegangen ist. Das deckt sich mit der tatrichterlichen Vertragsauslegung des rechtskräftigen Berufungsurteils im Vorprozess, die das Kammergericht ersichtlich übernommen hat. Diese Auslegung lässt keinen Rechtsfehler erkennen.

Es hat auch keinen Einfluss auf den Verjährungsbeginn, dass sich für die Kläger die unvorhersehbare Möglichkeit bot, den Schaden durch das unrichtige Urteil des Kreisgerichts vom 19.1.1993 zu heilen. **Der Schaden einer nachteiligen, rechtlich umstrittenen Gestaltungs-erklärung entsteht nicht erst dann, wenn ihre Wirksamkeit rechtskräftig feststeht. Die spätere Chance, die nachteiligen Folgen der gewollten Gestaltung zu beseitigen, ist verjährungsrechtlich unerheblich.**

b) Zutreffend hat das Berufungsgericht angenommen, dass durch Ausübung des vertraglichen Rücktrittsrechts Ansprüche der Kläger auf Schadenersatz wegen Nichterfüllung gemäß § 326 BGB a.F. endgültig vereitelt worden sind. **Durch wirksamen Rücktritt wird das vertragliche Leistungsverhältnis in ein Rückgewährschuldverhältnis umgewandelt. Die ursprünglichen vertraglichen Leistungspflichten können nicht mehr durchgesetzt werden, weshalb eine Nachfristsetzung ebenso ausscheidet wie ein Schadenersatzanspruch wegen Nichterfüllung** (vgl. BGH, Urt. v. 17.1.1979 - VIII ZR 304/77, NJW 1979, 762; v. 24.6.1988 - V ZR 49/87, NJW 1988, 2878 unter 2. a); v. 6.7.1988 - VIII ZR 256/87, NJW 1988, 2877 unter 3. b) aa)).

c) Ungeachtet der Tatsache, dass das Anwaltsschreiben vom 3.6.1992 keine ausdrückliche Rücktrittserklärung enthält, ist dadurch das Wahlrecht der Kläger zugunsten des Rücktritts ausgeübt worden. Dies hat das Berufungsgericht in tatrichterlicher Auslegung rechtsfehlerfrei einer Zusammenschau mit den Schreiben der Kläger vom 20.1. und 30.4.1992 entnommen.

In diesen Parteischreiben war eine bindende Rücktrittserklärung noch nicht enthalten. Denn dadurch, dass die Kläger ihre Kündigung und Rücktrittserklärung an das damit unvereinbare Verlangen nach „Schadenersatz wegen verlorenen Gewinns“ gekoppelt haben, ist zunächst infrage gestellt worden, **ob es ihrem Willen entsprach, den Grundstückskaufvertrag dauerhaft und unwiderruflich in ein Rückgewährschuldverhältnis umzuwandeln** und auf diese Weise die Geltendmachung von Schadenersatz wegen Nichterfüllung auszuschließen.

Dem **rechtlichen Laien** sind die Wirkungen des Rücktritts häufig nicht vollständig bewusst. Er ist deshalb grundsätzlich vor unbeabsichtigten, nachteiligen Folgen dadurch zu schützen, dass seine Erklärung nur dann als Rücktritt ausgelegt wird, wenn sie eindeutig zu erkennen gibt,

er habe ein ausschließliches Interesse daran, Leistungen des Schuldners nicht mehr entgegennehmen zu müssen (vgl. BGH, Urt. v. 6.7.1988 - VIII ZR 256/87, NJW 1988, 2877 unter 3. b) bb)). Dies war hier wegen des Schadenersatzverlangens in den Parteischreiben zunächst nicht der Fall (vgl. BGH, Urt. v. 10.2.1982 - VIII ZR 27/81, NJW 1982, 1279, 1280 unter II. 2. c); v. 24.6.1988 - V ZR 49/87, NJW 1988, 2878 unter 2. b)).

Dem steht nicht entgegen, dass die Kläger hier nach § 326 BGB a.F. auch noch keinen Schadenersatz wegen Nichterfüllung beanspruchen konnten, weil in ihren Schreiben vom 20.1. und 30.4.1992 der Käuferin keine Nachfrist mit Ablehnungsandrohung gesetzt worden ist. Die allgemeine, dem Schutz des Erklärenden dienende Regel, dass von mehreren möglichen, vom Wortlaut der Erklärung umfassten Inhalten, die teils wirksam und teils unwirksam sind, der wirksame gelten soll, würde hier der Vertragspartei zum Nachteil gereichen, die von der Leistungsstörung betroffen ist, und findet deshalb bei zweifelhafter Ausübung des Rechts zum Rücktritt vom Vertrag entgegen der Ansicht der Revision keine Anwendung.

Es fehlt insoweit auch jeder Grund, einen Gläubiger, der sich auf ein vertragliches Rücktrittsrecht beruft, gegenüber demjenigen schlechter zu stellen, der zwischen dem gesetzlichen Rücktrittsrecht und dem Schadenersatz gemäß § 326 BGB a.F. wählen kann.

Die vorstehenden Auslegungsgrundsätze gelten selbst dann, wenn die Kündigungs- oder Rücktrittserklärung durch einen Rechtsanwalt abgegeben oder bestätigt wird (BGH, Urt. v. 10.2.1982 u. 24.6.1988, jeweils a.a.O.). Diesem muss allerdings grundsätzlich abverlangt werden, dass er die Wortwahl seiner Erklärung nach Abwägung der Vor- und Nachteile der zur Auswahl stehenden Vorgehensweisen trifft.

Hat er sich danach eindeutig für den Rücktritt entschieden, so muss sich sein Mandant daran festhalten lassen. Nimmt - wie hier - der Rechtsanwalt auf schriftliche Erklärungen seiner Auftraggeber, welche nach dem Wortsinne als Rücktrittserklärungen verstanden werden können, ausdrücklich Bezug und erklärt, dass dadurch von dem Rücktrittsrecht ordnungsgemäß Gebrauch gemacht worden ist, so sind die Auftraggeber an diese Klarstellung gebunden.

Durch das Anwaltsschreiben vom 3.6.1992 sind die Kläger auf die Rücktrittserklärung festgelegt

worden. **In dem Anwaltsschreiben ist von einem Verlangen nach Schadenersatz keine Rede mehr,** weshalb Zweifel an dem klargestellten Rücktrittswillen der Kläger aus Rechtsgründen hier nicht mehr bestehen konnten.

d) Die Auslegungserklärung in dem Anwaltsschreiben vom 3.6.1992 war für die Kläger verbindlich.

aa) Die dem Rechtsanwalt erteilte Prozessvollmacht ermächtigt diesen grundsätzlich zur Abgabe rechtsgeschäftlicher Willenserklärungen materiell-rechtlichen Inhalts, soweit diese vom Streitgegenstand umfasst und dem Prozessziel dienlich sind. Der Prozessbevollmächtigte ist unter diesen Voraussetzungen regelmäßig befugt, im Namen des Mandanten den Rücktritt von einem Vertrag zu erklären (vgl. RGZ 50, 138, 143 f; BGHZ 31, 206, 209; Stein/Jonas/Bork, ZPO 22. Aufl., § 81 Rdnr. 10; Münch-Komm-ZPO/v. Mettenheim, § 81 Rdnr. 8).

Die gleiche Befugnis besitzt der vorprozessual beauftragte Anwalt, sofern die Vertretung des Mandanten gegenüber der anderen Vertragspartei sowie die Erklärung des Rücktritts vom Auftrag umfasst sind. Im vorliegenden Verfahren war die Sozietät der Beklagten beauftragt, gegenüber der Käuferin die Interessen der Kläger bestmöglich durchzusetzen. Dies schloss die Vertretung nach außen und die Klarstellung der bereits abgegebenen Parteierklärungen ein.

bb) Die Auslegungsbefugnis des handelnden Rechtsanwalts hat zu einem wirksamen Rücktritt geführt, weil die in den Klägerschreiben vom 20.1. und 30.4.1992 enthaltenen Erklärungen auch ohne persönliche Mitwirkung des Klägers zu 5) rechtswirksam abgegeben worden sind. Unter Hinweis auf die fehlende Unterschrift des Klägers zu 5) haben die Beklagten in den Vorinstanzen bestritten, dass dieser aufgrund der dem Kläger zu 4) am 18.11.1991 erteilten Vollmacht wirksam bei den schriftlichen Parteierklärungen vom 20.1. und 30.4.1992 vertreten werden konnte. Da Miterben nur gemeinschaftlich handeln können, wäre der Rücktritt ohne Mitwirkung des Klägers zu 5) unwirksam gewesen (§ 2038 Abs. 1 Satz 1, § 2040 Abs. 1 BGB).

Dieses Bestreiten ist jedoch durch die vom Kläger zu 5) in notarieller Urkunde am 24.3.1992 den anderen Miterben erteilte Generalvollmacht ausgeräumt. Auf die Auslegung der älteren Vollmacht kommt es nicht mehr an.

Die verbindliche Inhaltsbestimmung einer schwebend unwirksamen Erklärung des Klägers zu 5) setzt schließlich voraus, dass die Beklagten auch durch diesen anwaltlich beauftragt und bevollmächtigt worden sind. Das ergibt sich gleichfalls aus der Generalvollmacht vom 24.3.1992.

III.

Das Berufungsurteil erweist sich auch nicht in Teilen aus anderen Gründen als richtig (§ 563 ZPO a.F.), sondern ist vollen Umfangs nach § 564 Abs. 1 ZPO a.F. aufzuheben. Denn der Hilfsanspruch der Kläger wegen Nichtbeitreibbarkeit ihrer Vorprozesskosten ist infolge der nach den §§ 51 BRAO a.F., 51b BRAO n.F. eingetretenen Verjährung gleichfalls unbegründet.

Bei diesem Ausfall mag es sich zumindest **bei den Kosten der ersten Instanz um einen selbstständigen Schaden gehandelt haben, der nicht zusammen mit dem Rücktrittsschaden der Kläger verjährte**. Die möglichen Pflichtverletzungen des Beklagten zu 2) in dieser Hinsicht fallen in die Monate August 1994 und März 1995 durch Freigabe der restlichen Kaufgelder vom Notaranderkonto. Spätestens im April 1995 war der Schaden der Kläger mit Auszahlung der letzten Mittel von dem Notaranderkonto an die Käuferin oder ihre Zessionarin eingetreten, weil damit die zuvor nach § 406 BGB infrage kommende Aufrechnungsmöglichkeit (vgl. dazu BGH, Urt. v. 19.10.1988 – IVb ZR 70/87, WM 1988, 1834, 1836; v. 17.11.1999 – XII ZR 281/97, NJW 2000, 948, 950; MünchKomm-BGB/Schlüter 4. Aufl., § 387 BGB Rdnr. 34; Schmitz, MDR 1989, 582; kritisch: Staudinger/Gursky, BGB 13. Bearb. 2000, § 387 Rdnr. 89) wegfiel.

Insoweit war die Primärverjährung jedenfalls im April 1998 eingetreten. Einen Anlass zur Prüfung ihrer Haftpflicht hatten die Beklagten und ihre Sozien bis zur Mandatsbeendigung Anfang August 1995 in diesem Punkt nicht.

Auch die materiellen Einwendungen der Kläger vom 23.6.1995 im Schriftsatz ihres Streithelfers bezogen sich nur auf den Hauptanspruch. Ein verjährungsrechtlicher Sekundäranspruch der Kläger ist mithin in Bezug auf ihren Hilfsanspruch nicht entstanden. Die am 31.7.1998 eingereichte Klage konnte auch wegen des Hilfsanspruchs die eingetretene Verjährung nicht mehr rechtzeitig unterbrechen.

Prospekthaftung des Wirtschaftsprüfers

- Garantenstellung
- Bestätigungsvermerk zum Jahresabschluss
- Wesentlichkeit der Prospekthaftung
(OLG Bamberg, Urt. v. 21.2.2006 – 5 U 196/05, Revision beim BGH – III ZR 84/06)

Leitsätze:

1. Die Prospekthaftung des für eine Anlagegesellschaft tätigen Wirtschaftsprüfers aus „einer Art Garantenstellung“ (BGH, Urt. v. 12.2.2004 – III ZR 359/02, BGHZ 158, 110, 115 = MDR 2004, 801 = BGH-Report 2004, 655 m. Anm. Rohlfig), weil mit seinem Einverständnis im Verkaufsprospekt der Gesellschaft ein Bestätigungsvermerk zum letzten geprüften Jahresabschluss abgedruckt worden ist, beschränkt sich auf die ihm selbst zuzurechnenden Prospektaussagen in ihrer durch 1. die Stichtagsbezogenheit, 2. den Maßstab einer Rechnungslegungsprüfung sowie 3. den konkreten Inhalt des abgedruckten „Testats“ begrenzten Reichweite.

2. Entsprechendes gilt für die mit dem Bestätigungsvermerk verbundene Erklärung des Wirtschaftsprüfers, im Rahmen der Vorprüfung zur Jahresabschlussprüfung für das nächste Geschäftsjahr seien keine Anhaltspunkte für eine vom Vorjahr abweichende Beurteilung bekannt geworden; diese Erklärung begründet keine weiter gehende Einstandspflicht nach den Grundsätzen der Prospekthaftung.

3. Zum Ursachenzusammenhang zwischen (behaupteten) Unrichtigkeiten im abgedruckten Wirtschaftsprüfertestat nebst Vorprüfungsvermerk und dem Entschluss des Anlegers zur Zeichnung der mit dem Prospekt beworbenen Genussrechte.

4. Die für den Anleger streitende Vermutung, dass es ihm auf die Richtigkeit aller wesentlichen Aussagen in dem bei den Vertragsverhandlungen verwendeten Prospekt ankam, kann aufgrund der vom Tatrichter vorzunehmenden Gesamtwürdigung der Umstände des konkreten Falles ausgeräumt bzw. entkräftet sein. Außerdem kann es bereits an der „Wesentlichkeit“ der Prospektaussagen des Wirtschaftsprüfers für die Entschließung des Anlageinteressenten fehlen.

5. Bei der Kausalitätsprüfung ist letztlich darauf abzustellen, ob die Anlageentscheidung auch dann getroffen bzw. dann nicht getroffen worden wäre, wenn der Wirtschaftsprüfer den unbeschränkten Bestätigungsvermerk (pflichtgemäß) nicht erteilt hätte und ein solcher daher nicht im Prospekt veröffentlicht worden wäre. Denn der Wirtschaftsprüfer hat grundsätzlich weder eine Handhabe noch eine Verpflichtung, die Veröffentlichung eines die Bestätigung des Jahresabschlusses ganz oder teilweise versagenden Prüfungsvermerks zu bewirken.

Zum Sachverhalt:

Die Klagepartei nimmt die Erstbeklagte – eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft – und den Zweitbeklagten – deren vor Ort tätig gewordenen Prüfer – (im Folgenden zusammengefasst: Beklagtenpartei) auf Ersatz der Schäden in Anspruch, die ihr im Zusammenhang mit der Zeichnung von Genussrechten an der insolvent gewordenen ... entstanden seien.

Die zulässige Berufung der Klagepartei (§§ 511 ff ZPO) ist unbegründet. Das angefochtene Urteil beruht weder auf einer Rechtsverletzung noch rechtfertigen die zugrunde zu legenden Tatsachen eine andere Entscheidung (§§ 513 Abs. 1, 529, 546 ZPO).

Aus den Gründen:

Übereinstimmend mit dem angefochtenen Urteil des Landgerichts gelangt auch der Senat zu dem Ergebnis, dass der Klagepartei gegen die Beklagtenpartei aus keinem rechtlichen Gesichtspunkt ein Anspruch auf Ersatz des geltend gemachten Schadens zusteht. Der Senat tritt daher den Entscheidungsgründen des angefochtenen Urteils bei und nimmt auf diese Bezug. Ergänzend führt der Senat aus:

1. Schadenersatzansprüche aus **Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter** scheiden – aufgrund der zutreffenden Feststellungen des Landgerichts, auf die der Senat Bezug nimmt – nach dem in einem gleich gelagerten Fall ergangenen Urteil des BGH vom 15.12.2005 (III ZR 424/04, AG 2006, 197 = WM 2006, 423 = DB 2006, 385, veröffentlicht auf der Internet-Seite des BGH, vgl. dort Ziff. II. 1. der Entscheidungsgründe). Gleiches gilt für Schadenersatzansprüche aus **Prospekthaftung** hinsichtlich einer Verantwortlichkeit –

als **Herausgeber oder so genannter „Hintermann“** – für den in Rede stehenden Prospekt als Ganzen (BGH, Urt. v. 15.12.2005 – III ZR 424/04, AG 2006, 197 = WM 2006, 423 = DB 2006, 385, Ziff. II. 2. a) u. b)) sowie aus Prospekthaftung **als so genannter „Garant“** hinsichtlich einer etwaigen Aktualisierungspflicht in Bezug auf den dort abgedruckten Bestätigungsvermerk nebst Vorprüfungsvermerk („Postskriptum“) **wegen nachträglich eingetretener Veränderungen** der dafür bedeutsamen Umstände (vgl. BGH, Urt. v. 15.12.2005 – III ZR 424/04, AG 2006, 197 = WM 2006, 423 = DB 2006, 385, Ziff. II. 2. c) bb)).

Der vorliegende Fall weist keine Besonderheiten auf, die zu einer anderen Beurteilung Anlass geben könnten. Entscheidungserhebliche Verfahrensfehler der Vorinstanz sind – insbesondere nach Maßgabe der vom Landgericht angewandten und vom BGH nunmehr gebilligten rechtlichen Bewertung – nicht ersichtlich und auch nicht konkret gerügt, auch nicht, soweit das Landgericht Ansprüche aus unerlaubter Handlung verneint hat. (...)

2. Die Berufung ist aber auch insoweit unbegründet, als **Schadenersatzansprüche aus Prospekthaftung als „Garant“ für behauptete Fehler in den im Prospekt abgedruckten Erklärungen der Beklagtenpartei** (stichtagsbezogenes Jahresabschlusstestament nebst „Postskriptum“) geltend gemacht werden. Unter Berücksichtigung des Urteils des BGH vom 15.12.2005 (III ZR 424/04, AG 2006, 197 = WM 2006, 423 = DB 2006, 385, Ziff. II. 2. c) aa)) sowie im Hinblick darauf, dass das Landgericht im vorliegenden Fall – konsequent – Feststellungen zur Fehlerhaftigkeit der Erklärungen nicht getroffen hat und die Haftung daher nicht wie dort bereits wegen der Fehlerfreiheit der Erklärungen verneint werden kann, ist in diesem Punkt auszuführen:

a) Die Prospekthaftung setzt voraus, dass in dem Prospekt **für die Anlageentscheidung erhebliche Umstände** unrichtig oder unvollständig dargestellt sind; hingegen fehlt es in Bezug auf Umstände, die wegen ihrer geringen Bedeutung offenkundig im Allgemeinen nicht dazu geeignet sein könnten, die Investitionsentscheidung zu beeinflussen, regelmäßig bereits an einer Aufklärungspflicht (BGH v. 5.7.1993 – II ZR 194/92, BGHZ 123, 106, 110, 115 = AG 1994, 32 = MDR 1993, 1068). Es muss sich um Umstände handeln, die für die Entschließung des Anlageinteressenten von wesentlicher Bedeutung sind oder sein können (BGH v. 6.10.1980 – II ZR 60/80,

BGHZ 79, 337 ff = MDR 1981, 648; ähnlich: BGH v. 14.1.2002 - II ZR 40/00, BGH-Report 2002, 552 = MDR 2002, 699 = NJW 2002, 1711 f; im Urt. v. 15.12.2005 - III ZR 424/04, AG 2006, 197 = WM 2006, 423 = DB 2006, 385, spricht der BGH insoweit von den „wesentlichen Aussagen“).

Das Landgericht hat mit guten Gründen (z.B. Stichtagsbezogenheit der Erklärungen, Vorläufigkeit des Vorprüfungsvermerks, begrenzter Aussagegehalt der Erklärungen, erheblicher Zeitablauf zwischen Stichtag der Erklärung und Anlageentscheidung) bereits die Erheblichkeit der Prospekterklärungen, für die die Beklagtenpartei einzustehen hat, für die Anlageentscheidung im vorgenannten Sinn verneint. Der Senat tritt dem bei.

Auch in Ansehung des Umstands, dass Kapitalanleger von Wirtschaftsprüfern berufliche Sachkunde und persönliche Zuverlässigkeit mit der Folge erwarten, dass ihren Aussagen im Prospekt häufig eine maßgebliche und ausschlaggebende Bedeutung beigemessen wird (BGH v. 22.5.1980 - II ZR 209/79, BGHZ 77, 172, 177 = MDR 1980, 911; diese Entscheidung betraf allerdings die Begutachtung des gesamten Investitionsvorhabens durch den Wirtschaftsprüfer), hält der Senat die getroffene Bewertung des Landgerichts für zutreffend. Die Berufung hat das landgerichtliche Urteil in diesem Punkt auch nicht konkret angegriffen. (...)

bb) Die Beurteilung des Landgerichts und des Senats, dass es den in Rede stehenden **Prospektaussagen**, soweit diese der Beklagtenpartei zuzurechnen sind, **bereits an der Erheblichkeit, also an der wesentlichen Bedeutung für die EntschlieÙung des Anlageinteressenten mangelt**, steht auch in Einklang mit der höchstgerichtlichen Rechtsprechung, insbesondere auch mit dem Urteil des BGH vom 15.12.2005 (III ZR 424/04, AG 2006, 197 = WM 2006, 423 = DB 2006, 385).

(1) Der BGH hat sich nämlich in seinem Urteil vom 15.12.2005 ausdrücklich einer abschließenden Beurteilung der Frage enthalten, ob im Streitfall die der Beklagtenpartei zuzurechnenden Prospekterklärungen für die Anlageentscheidung ursächlich geworden sind, und zwar auch hinsichtlich der Frage, ob die Voraussetzungen einer für einen Ursachenzusammenhang streitenden tatsächlichen Vermutung in jeder Hinsicht vorliegen (vgl. BGH, Urt. v. 15.12.2005 - III ZR 424/04, AG 2006, 197 = WM 2006, 423 = DB 2006, 385, Ziff. II. 2. c) aa) der Entscheidungsgründe).

Der BGH hat – unter Hinweis auf die Grundsätze der Prospekthaftung – lediglich Zweifel und **Bedenken geäußert, ob ein Ursachenzusammenhang bereits mit der Begründung verneint werden kann, es fehle an der Fortwirkung einer durch die Prospekte erzeugten „Anlagestimmung“.**

Dabei hat der BGH auch keine abschließende Beurteilung dahin getroffen, ob es sich hier – im vorgenannten Sinn – um wesentliche Prospektaussagen handelt. Er hat lediglich auf die aus der Vermittlung der Anlage anhand eines Prospekts sich grundsätzlich ergebende **tatsächliche Vermutung** hingewiesen, **dass es dem Anleger auf die Richtigkeit aller wesentlichen Aussagen in dem bei den Vertragsverhandlungen verwendeten Prospekt ankam.**

Der BGH hat sich im dortigen Revisionsverfahren zwar außerstande gesehen, die Prospekterklärungen der Beklagtenpartei wegen ihres Bezugs auf einen „überholten“ Stichtag – mit der dortigen Revisionserwiderung – von vornherein als „völlig bedeutungslos“ anzusehen. In diesem Zusammenhang hat der BGH auch auf die im dortigen Verfahren nach seiner Auffassung unterbliebene Auseinandersetzung des Berufungsgerichts mit dem Klagevortrag hingewiesen.

Deshalb und wegen des vom BGH in Zweifel gezogenen Argumentationsansatzes des Berufungsgerichts fehlte es in jenem Verfahren somit bereits an ausreichenden Feststellungen, die dem Revisionsgericht eine eigene Beurteilung erlaubt hätten. Letztlich wurde die Frage, ob es sich um wesentliche Prospektaussagen handelt, vom BGH also offen gelassen.

(2) Die Begründung des angefochtenen Urteils stimmt aber auch im Übrigen mit der Bewertung des Aussagegehalts der Prospekterklärungen im Urteil des BGH vom 15.12.2005 überein. Denn auch der BGH betont in dieser Entscheidung, **dass die Prüfung des Jahresabschlusses nur eine Rechnungslegungsprüfung ist, dass der Bestätigungsvermerk des Wirtschaftsprüfers wegen seiner Stichtagsbezogenheit in seiner Reichweite begrenzt ist und Vertrauen begründende Aussagen über die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens in der Zukunft – für den durchschnittlichen Anlageinteressenten erkennbar – nicht enthalten kann** (BGH, Urt. v. 15.12.2005 - III ZR 424/04, AG 2006, 197 = WM 2006, 423 = DB 2006, 385, Ziff. II. 2. c) bb) (1) der Entscheidungsgründe).

Ebenso hat der BGH auch dem Zusatzvermerk (im Prospekt vom Januar 2001 unter dem Datum vom 27.10.2000), dass im Rahmen der Vorprüfung zur Jahresabschlussprüfung auf das Ende des nächsten Jahres keine Anhaltspunkte für eine abweichende Beurteilung von Buchführung und Jahresabschluss bekannt geworden seien, keine weiter gehende prospekthaftungsrechtliche Bedeutung hinsichtlich einer Einstandspflicht der Beklagtenpartei beigemessen. Er hat vielmehr hervorgehoben, dass die Aussagen der Beklagtenpartei, auch wenn der Abdruck im Prospekt darauf ausgerichtet war, werbend Einfluss auf die Anlageentscheidung zu nehmen, inhaltlich so begrenzt waren, dass sie kein Vertrauen in die zukünftige Vermögenssituation der ... begründen konnten (BGH, Urt. v. 15.12.2005 - III ZR 424/04, AG 2006, 197 = WM 2006, 423 = DB 2006, 385, Ziff. II. 2. c) bb) (2) der Entscheidungsgründe).

(3) Der vom Senat geteilten Beurteilung des Landgerichts steht nicht entgegen, dass der Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers in Verbindung mit dem Jahresabschluss (Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung) und dem Lagebericht des Unternehmens in der durch die Stichtagsbezogenheit begrenzten Reichweite (siehe vor) eine wichtige Informationsquelle für den Markt – insbesondere auch für Kapitalanlageinteressenten – über die wirtschaftliche Lage des Unternehmens darstellt (vgl. BGH, Urt. v. 15.12.2005 - III ZR 424/04, AG 2006, 197 = WM 2006, 423 = DB 2006, 385, Ziff. II. 2. c) bb) (1) der Entscheidungsgründe).

Der Streitfall bezieht sich nämlich lediglich auf die isolierte Wiedergabe des Bestätigungsvermerks nebst Vorprüfungsvermerk ohne Verbindung mit dem jeweils geprüften Jahresabschluss und Lagebericht (und auch ohne den Prüfungsbericht). Diese waren im Prospekt nicht abgedruckt. Abgedruckt waren lediglich die **vorläufige Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung** des folgenden Geschäftsjahres, die aber ersichtlich noch nicht geprüft und erst recht nicht testiert waren. Auch diese waren im Übrigen nicht im unmittelbaren Zusammenhang abgedruckt.

Das im Prospekt „C/2000“ vom Januar 2001 einseitig abgedruckte Testat beschränkte sich im Wesentlichen auf die zusammenfassende Wiedergabe des Gesetzeswortlauts der §§ 317, 322 HGB. Der der Beklagtenpartei zuzurechnende Informationsgehalt des Prospekts erschöpfte sich in der Tatsache der Testaterteilung als

solcher. Der (leicht achsenversetzte, mit Stempel und Unterschrift versehene, den Eindruck einer Kopie der Originalurkunde erweckende) Abdruck des Testats im Prospekt hatte ersichtlich keine weiter gehende Informationsfunktion, sondern diente den Prospektherausgebern vielmehr der Illustration der Tatsache, dass die ... ihre Jahresabschlüsse der Kontrolle einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft unterworfen habe. **Mit der Information des Kapitalanlageinteressenten über die wirtschaftliche Lage des Unternehmens aus dem mit einem Testat versehenen Jahresabschluss und Lagebericht ist die vorliegende Prospekterklärung nicht vergleichbar.**

b) Darüber hinaus hat die Klagepartei auch nicht den Nachweis erbracht, dass die der Beklagtenpartei zuzurechnenden Prospekterklärungen für die Anlageentscheidung zumindest mit ursächlich waren. Dies ergibt sich aus folgenden Erwägungen:

aa) Der Senat geht mit der ständigen Rechtsprechung des BGH davon aus, **dass es bei der Prüfung eines ursächlichen Zusammenhangs zwischen der Schlechterfüllung der Prospektpflicht und der Anlageentscheidung auch darauf ankommt, ob die Kenntnis des im Prospekt verschwiegenen Umstands den Anleger tatsächlich von dem Erwerb der Anlage abgehalten hätte oder ob der Prospektfehler lediglich als Vorwand zur Rückgängigmachung der Investitionsentscheidung benutzt wird, die sich später als nachteilig erwiesen hat.**

Dazu hat der Tatrichter unbeschadet der Tatsache, dass die Lebenserfahrung grundsätzlich für die Ursächlichkeit von im Prospekt verschwiegenen wesentlichen Umständen für die erfolgte Anlageentscheidung spricht, eine Gesamtwürdigung, ob er von der Ursächlichkeit des Aufklärungsmangels für die Anlageentscheidung überzeugt ist, vorzunehmen und dabei neben den vom Geschädigten vorgetragenen Gründen, warum er sich bei Kenntnis aller ihm zu offenbarenden Umstände gegen den Vertragsschluss entschieden hätte, auch die objektive Bedeutung der verschwiegenen Tatsache für die Werthaltigkeit der Anlage zu berücksichtigen (BGH v. 5.7.1993 - II ZR 194/92, BGHZ 123, 106, 114 f = AG 1994, 32 = MDR 1993, 1068; v. 6.10.1980 - II ZR 60/80, BGHZ 79, 337 ff = MDR 1981, 648; v. 14.1.2002 - II ZR 40/00, BGH-Report 2002, 552 = MDR 2002, 699 = NJW 2002, 1711 f; v. 8.6.2004 - X ZR 283/02, MDR 2004, 1357 = BGH-Report 2004, 1483 = NJW 2004, 3420 ff).

Der Senat legt dabei zugrunde, dass bei dieser Prüfung nicht (allein) auf die fehlende Fortwirkung einer durch den Prospekt erzeugten „Anlagestimmung“ abgestellt werden darf (BGH, Urt. v. 15.12.2005 - III ZR 424/04, AG 2006, 197 = WM 2006, 423 = DB 2006, 385, Ziff. II. 2. c) aa)).

Im vorliegenden Fall einer behaupteten Prospekthaftung eines Wirtschaftsprüfungsunternehmens als „Garant“ **beschränkt sich die Einstandspflicht allerdings auf die ihm selbst zuzurechnenden Prospektaussagen** (BGH v. 21.11.1983 - II ZR 27/83, MDR 1984, 470 = WM 1984, 19 f sowie BGH, Urt. v. 15.12.2005 - III ZR 424/04, AG 2006, 197 = WM 2006, 423 = DB 2006, 385, Ziff. II. 2. c) 1. Abs.), hier also auf den Bestätigungsvermerk nebst Vorprüfungsvermerk als solche, welche keine – insbesondere auch keine bezifferten – Angaben zum konkreten Inhalt des geprüften Jahresabschlusses darstellen.

Selbst wenn man mit dem BGH (BGH, Urt. v. 15.12.2005 - III ZR 424/04, AG 2006, 197 = WM 2006, 423 = DB 2006, 385, Ziff. II. 2. c) aa)) von einer tatsächlichen Vermutung zugunsten der Klagepartei dahin ausgeht, dass es ihr auf die Richtigkeit aller wesentlichen Aussagen in dem bei den Vertragsverhandlungen verwendeten Prospekt ankam, so ist diese Vermutung im vorliegenden Fall ausgeräumt bzw. entkräftet, weil diese Prospekterklärungen nicht wesentlich sind (wie bereits ausgeführt) und weil auch der Sachvortrag der Klagepartei und die noch darzulegenden weiteren objektiven Umstände gegen die Ursächlichkeit sprechen.

bb) Die Klagepartei behauptet zwar, sie sei von der Richtigkeit des Testats zum 31.12.1999 und des Vorprüfungsvermerks zur Jahresabschlussprüfung 2000 im Prospekt „C/2000“ vom Januar 2001 ausgegangen, während sie bei Kenntnis der (behaupteten) Unrichtigkeit dieser Erklärungen von der Zeichnung der Genussrechte Abstand genommen hätte. Konkrete Tatsachen, die diese Behauptung plausibel machen würden, sind jedoch nicht ersichtlich.

Der Vortrag der Klagepartei geht im Weiteren vielmehr dahin, dass sie bei Erwerb der Genussrechte aufgrund der Angaben des Vermittlers davon ausgegangen sei, bei der ... handle es sich um ein wirtschaftlich gesundes Unternehmen, das weiterhin enorme Gewinne erzielen und die jährlichen Ausschüttungen von 8% auch künftig einhalten würde. **Der hohe Ausschüttungssatz hätte die Anlage für die Klagepartei ganz besonders attraktiv gemacht. Der Vermitt-**

ler, der als neutraler Banker aufgetreten sei, hätte den Eindruck der Seriosität und Sicherheit der Anlage erweckt und diese im Hinblick auf die Prüfungstätigkeit einer renommierten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft der Klagepartei guten Gewissens empfohlen.

Die Klagepartei trägt unter Bezugnahme auf den weiteren Prospektinhalt, auf Broschüren und Schulungsunterlagen der ... und auf eine behauptete entsprechende Darstellung durch den Vermittler vor, sie sei bei Zeichnung daher davon ausgegangen, dass die Beklagtenpartei aufgrund ihrer Einbindung im Sinne einer Überprüfung und Betreuung der ... eine Art Überwachungsfunktion inne hätte sowie dass die wirtschaftliche Lage der ... gut und viel versprechend wäre. Aufgrund der den Vermittlern zur Verfügung gestellten Informationen seien diese von einer sehr positiven Entwicklung der ... ausgegangen und hätten diese (Fehl-)Information an die Klagepartei weitergegeben. Man sei von der Richtigkeit dieser Information ausgegangen, weil die ... durch die Beklagtenpartei anscheinend überwacht worden sei. Für die Klagepartei sei die dargestellte Sicherheit und die breite Risikostreuung entscheidend gewesen.

Dies zeigt, dass für die Klagepartei gerade nicht der konkrete – nach ihrer Behauptung unrichtige – Inhalt des im Prospekt abgedruckten Testats und Vorprüfungsvermerks für ein bestimmtes zurückliegendes Geschäftsjahr (die sich auch lediglich auf eine Rechnungslegungsprüfung bezogen), sondern **allenfalls der durch den Prospekt erzeugte Gesamteindruck der Vertrauenswürdigkeit der Anlage und der positiven wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens in der Zukunft, zu welcher die Tätigkeit der Beklagtenpartei beitragen würde, wesentlich war.**

Diese „Gesamtaussage“ liegt aber außerhalb der Reichweite der der Beklagtenpartei zuzurechnenden konkreten Prospektaussagen und ihrer Einstandspflicht für Fehler in ihren auf bestimmte zeitliche Daten bezogenen Prüfungsvermerken (vgl. auch BGH, Urt. v. 15.12.2005 - III ZR 424/04, AG 2006, 197 = WM 2006, 423 = DB 2006, 385, Ziff. II. 2. c) 1. u. 2. Abs. sowie c) bb) der Entscheidungsgründe).

Das Testat sagt objektiv eben nichts darüber aus, ob das Unternehmen „wirtschaftlich gesund“ und die Anlage „sicher“ ist und ob die Aussichten „viel versprechend“ sind. Das Testat

ist z.B. auch dann zu erteilen, wenn Verluste erwirtschaftet werden. Bestätigt wird nur die **korrekte Rechnungslegung in Bezug auf einen in der Vergangenheit liegenden bestimmten Stichtag**. Die Klagepartei hat nicht etwa vorgetragen, diesen beschränkten Aussagegehalt der Erklärungen wahrgenommen und die Anlageentscheidung gleichwohl gerade hierauf gestützt zu haben.

Die Klagepartei hat auch nicht etwa vorgetragen, sich nach dem Testat für den im Zeitpunkt der Zeichnung (hier: 23.10.2001) aktuelleren Jahresabschluss zum 31.12.2000 (der bereits testiert sein konnte) erkundigt zu haben. Hätte sie sich tatsächlich für das im Prospekt abgedruckte Testat (in seinem begrenzten Aussagegehalt) zu einem bereits länger zurückliegenden Stichtag (hier: zum 31.12.1999) interessiert, so wäre es nahe liegend gewesen, sich auch für das deutlich zeitnähere und damit insoweit aussagekräftigere Testat für das Folgejahr zu interessieren.

Bezieht sich der behauptete Fehler somit nicht auf der Beklagtenpartei zuzurechnende wesentliche Prospektaussagen, sondern nur auf andere, ihr nicht zuzurechnende Aussagen, so fehlt es bereits an einer tatsächlichen Vermutung dafür, dass es dem Anleger auf die Richtigkeit der Erklärung der Beklagtenpartei ankam. Erst recht ist unter diesen Umständen ein Ursachenzusammenhang zwischen der behaupteten Fehlerhaftigkeit der im Prospekt abgedruckten Vermerke und dem Zeichnungsentschluss der Klagepartei nicht festzustellen. (...)

Versicherungsschutz

- Fälligkeit des Versicherungsanspruchs
- Geltendmachung des Haftpflichtanspruchs (OLG Karlsruhe, Urt. v. 16.2.2006 - 19 U 110/05)

Leitsatz:

Die Verjährungsfrist des § 12 Abs. 1 VVG beginnt in der Vermögenshaftpflichtversicherung, wenn der Geschädigte den Versicherungsnehmer unter Androhung der Erhebung einer Feststellungsklage zum Verzicht auf die Einrede der Verjährung auffordert und feststeht, dass nur der Versicherungsnehmer als Anspruchsgegner in Betracht kommt und das Ob und die Höhe des Schadens nur vom Ausgang eines anderen Verfahrens abhängt.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger macht mit seiner Klage einen Anspruch auf Gewährung von Versicherungsschutz aus einer Vermögenshaftpflichtversicherung geltend. Das Landgericht hat die Klage wegen Verjährung abgewiesen.

Die zulässige Berufung war unbegründet.

Aus den Gründen:

Nach der Rechtsprechung des BGH - auch im Urteil vom 3.10.1979 (*VersR* 1979, 1117) - wird der Freistellungsanspruch des Versicherungsnehmers in der Vermögenshaftpflichtversicherung frühestens in dem Zeitpunkt fällig (und damit beginnt die Verjährungsfrist zu laufen), in dem der Gläubiger seinen Anspruch beziffert oder, wenn nicht Schadenersatz in Geld gefordert wird, den geforderten Gegenstand hinreichend konkretisiert hat. Die Verjährung beginnt, sobald die geschuldete Leistung gefordert und klageweise geltend gemacht werden kann. Von einer Abwehr des geltend gemachten Haftpflichtanspruchs kann frühestens in dem Zeitpunkt gesprochen werden, in dem der Gläubiger mit dem Angriff begonnen hat.

Das ist allerdings nicht erst dann der Fall, wenn er gerichtliche Schritte zur Durchsetzung seines Anspruchs ergriffen hat; **es genügt vielmehr die außergerichtliche Aufforderung zur Zahlung von Schadenersatz oder zur Anerkennung der Schadenersatzforderung**, ja selbst das Verlangen nach Abgabe eines auf den Grund des Anspruchs beschränkten Anerkenntnisses der Schadenersatzpflicht. **Keinesfalls kann es aber genügen, dass der Gläubiger den Versicherungsnehmer lediglich zum Verzicht auf die Einrede der Verjährung auffordert.**

Der Versicherungsanspruch eines Haftpflichtversicherungsnehmers ist damit fällig, wenn mit der Abwehr des geltend gemachten Haftpflichtanspruchs begonnen werden kann. Dieser Zeitpunkt ist gekommen, sobald der Gläubiger den Versicherungsnehmer gerichtlich oder außergerichtlich zur Zahlung von Schadenersatz oder zur Anerkennung von Schadenersatzansprüchen aufgefordert hat.

Dem Versicherungsnehmer gegenüber muss klargestellt sein, dass ein ernsthaftes Schadenersatzverlangen vorliegt. Dies ist z.B. der Fall, **wenn der Gläubiger ein Beweissicherungs-**

verfahren eingeleitet hat und in der anschließenden Korrespondenz seinen Anspruch konkretisiert. Die Verjährung des Versicherungsanspruchs beginnt dann mit dem Ende des Jahres, in dem die Forderung fällig gestellt worden ist.

Weiter ist nicht zu fordern, dass feststeht, ob und in welcher Höhe der Anspruch begründet ist (OLG Köln, RuS 1998, 323; KG v. 21.2.2003 – 6 U 301/01, VersR 2003, 1246; LG Düsseldorf, Schaden-Praxis 2004, 98; OLG Hamburg, VersR 1999, 1012). So hat die Rechtsprechung anerkannt, dass bereits die Einleitung eines selbstständigen Beweisverfahrens genügt, um die Verjährungsfrist in Gang zu setzen, auch wenn dieses vorsorglich mit dem allgemeinen Ziel eingeleitet worden ist, erst zu klären, ob und in welchem Umfang Ansprüche gegen den Versicherungsnehmer bestehen (KG v. 21.2.2003 – 6 U 301/01, VersR 2003, 1246).

Zwar hat der BGH (BGH v. 9.6.2004 – IV ZR 115/03, BGH-Report 2004, 1276 = MDR 2004, 1114 = NJW-RR 2004, 1261 = VersR 2004, 1043) ausgesprochen, dass es von den Umständen des Einzelfalles abhängt, ob bereits in der Einleitung eines selbstständigen Beweisverfahrens das ernsthaftes Geltendmachen eines Haftpflichtanspruchs gegen den Versicherungsnehmer zu sehen sei und dies **verneint, wenn mehrere Schädiger in Betracht kommen, das Schadenbild unklar ist und der Geschädigte sich mit dem selbstständigen Beweisverfahren Klarheit darüber verschaffen will, welche Schäden eingetreten sind**, was zur Schadenentstehung geführt hat und wer jeweils die Verantwortung dafür trägt.

Der BGH hat in dieser Entscheidung das ernsthaftes Geltendmachen eines Haftpflichtanspruchs aber bejaht, wenn kein Zweifel besteht, dass der Geschädigte allein den Versicherungsnehmer für einen eingetretenen Schaden verantwortlich machen will und das selbstständige Beweisverfahren lediglich dem Zweck dient, die Schadenhöhe festzustellen.

Damit ist der vorliegende Fall vergleichbar. Im Gegensatz zu der Entscheidung des BGH vom 3.10.1979, in dem der vorsorglich um Verzicht auf die Verjährung nachsuchende Rechtsanwalt noch nicht einmal ein Mandat zur Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen hatte und solche auch nicht ankündigte, geht aus dem Schreiben des Rechtsanwalts Dr. S. vom 25.8.1999 eindeutig hervor, **dass die Eheleute S. für den Fall, dass sie im damals laufenden**

Finanzgerichtsverfahren bezüglich der Steuerschuld für das Jahr 1988 unterliegen sollten, Regress beim Kläger nehmen würden. Damit hing die Geltendmachung von angekündigten Schadenersatzansprüchen nur vom Ausgang des Finanzgerichtsverfahrens ab. Dementsprechend hat der Kläger in den Erklärungen des Verjährungsverzichts in den Jahren 2000 bis 2003 auch ausgeführt, dass dieser Verzicht kein Anerkenntnis der angekündigten Schadenersatzforderungen enthalte.

Steuerberaterhaftung

- Verjährung, § 68 StBerG
 - Verjährungshemmung, § 203 BGB
 - Schuldrechtsmodernisierungsg
- (OLG Düsseldorf, Beschl. v. 21.10.2005 – I-23 U 49/05)

Leitsätze:

1. Die mit Wirkung ab 15.12.2004 durch das Verjährungsanpassungsgesetz für die Verjährung von Schadenersatzansprüchen gegen einen Steuerberater eingefügten Neuerungen finden nach Art. 229 § 12 EGBGB, der die Regelungen des Art. 229 § 6 EGBGB für entsprechend anwendbar erklärt, nur auf solche Ansprüche Anwendung, die am 15.12.2004 bestanden und noch nicht (nach altem Recht) verjährt waren.
2. Besteht die Pflichtverletzung des Steuerberaters in einer fehlerhaften Beratung des Mandanten in einer Steuerangelegenheit vor der Entscheidung der Finanzbehörde, dann beginnt die Verjährung mit der Bekanntgabe des belastenden Steuerbescheides.
3. Der durch das Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts in das Verjährungsrecht eingefügte allgemeine Hemmungsgrund des Verhandelns (§ 203 Satz 1 BGB) ist (erst) bei Verhandlungen ab dem 1.1.2002 anwendbar, Art. 229 § 6 Abs. 1 Satz 1 EGBGB. § 203 BGB stellt eine Verallgemeinerung der Regelung in § 852 Abs. 2 BGB dar, so dass für den Begriff des Verhandelns auf die Rechtsprechung zu § 852 Abs. 2 BGB zurückgegriffen werden kann.
4. Für den – weit auszulegenden – Begriff des Verhandelns genügt jeder Meinungsaustausch über den Schadenfall zwischen dem Berechtigten und Verpflichteten, sofern nicht sofort und eindeutig jeder Ersatz abgelehnt wird.

Verhandlungen schweben also schon dann, wenn der Verpflichtete Erklärungen abgibt, die den Geschädigten zu der Annahme berechtigen, der Verpflichtete lasse sich jedenfalls auf Erörterungen über die Berechtigung von Schadenersatzansprüchen ein. Nicht erforderlich ist, dass dabei eine Bereitschaft zum Entgegenkommen signalisiert wird (BGH, NJW 2001, 1723 f).

5. Die bloße Anmeldung von Ansprüchen durch den Berechtigten ist noch kein Verhandeln. Werden aber aufgrund des Aufforderungsschreibens Verhandlungen aufgenommen, wirkt die Verjährungshemmung zurück auf den Zeitpunkt der Geltendmachung des Anspruchs, bei schriftlicher Geltendmachung auf den Zugang des Schreibens, mit dem die Ansprüche angemeldet wurden.

6. Die Hemmung der Verjährung endet dadurch, dass der eine oder andere verhandelnde Teil die Fortsetzung der Verhandlungen durch klares und eindeutiges Verhalten verweigert. Hierfür reicht es aus, dass ein Verhandlungspartner die Verhandlungen „einschlafen lässt“. Im Fall des „Einschlafenlassens“ enden die Verhandlungen in dem Zeitpunkt, in dem nach Treu und Glauben der nächste Schritt zu erwarten gewesen wäre (BGH, NJW 1986, 1337; NJW 2003, 895 f).

Hat der auf Schadenersatz in Anspruch Genommene die Prüfung der Ansprüche angekündigt, ist von dem Anspruchsteller eine Nachfrage nach dem Stand der Prüfung spätestens innerhalb von einem Monat zu erwarten.

7. Werden zunächst eingeschlafene Verhandlungen später wieder aufgenommen, hemmt die neue Verhandlung die Verjährung erst ab dem Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Gespräche.

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung der Klägerin hat in der Sache keine Aussicht auf Erfolg (§ 522 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 ZPO). Das Landgericht hat die Schadenersatzklage wegen der behaupteten fehlerhaften Steuerberatung im Zusammenhang mit der Einkommensteuererklärung für das Jahr 1998 zu Recht abgewiesen. Die Entscheidung des Landgerichts beruht weder auf einer Rechtsverletzung (§ 546 ZPO), noch rechtfertigen die nach § 529 ZPO zugrunde zu legenden Tatsachen eine andere Entscheidung (§ 513 ZPO).

Dem Landgericht ist darin zuzustimmen, dass der geltend gemachte Schadenersatzanspruch aus positiver Vertragsverletzung des Steuerberatervertrages – sein Bestehen unterstellt – jedenfalls verjährt ist. **Der Steuerbescheid vom 12.9.2000 ist der Klägerin am 15.9.2000 zugegangen.** Ab diesem Datum begann die dreijährige Verjährungsfrist. Der Lauf der Verjährung war gehemmt während der zwischen der Klägerin und den Beklagten bzw. deren Versicherer geführten Verhandlungen in der Zeit vom 16.8.2002 bis 30.9.2002 und vom 23.6.2003 bis 4.8.2003, das sind 2 Monate und 26 Tage.

Damit trat Verjährung nicht mit Ablauf des 15.9.2003, sondern mit Ablauf des 11.12.2003 ein. Die nach dem 29.12.2003 gewechselten Schreiben berührten die bereits eingetretene Verjährung ebenso wenig wie die Erhebung der Klage im Juni 2004.

1. Der Anspruch des Auftraggebers gegen den Steuerberater auf Schadenersatz aus dem Vertragsverhältnis verjährt gemäß **§ 68 StBerG** in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist. Dies ist bei Schadenersatzansprüchen gegen den steuerlichen Berater der Fall, wenn sich die **Vermögenslage des Auftraggebers infolge der Pflichtverletzung des Beraters objektiv verschlechtert hat** (BGH, Urt. v. 4.4.1991 – IX ZR 215/90, BGHZ 114, 150, 152 f = NJW 1991, 2828, 2830). Besteht die Pflichtverletzung des Steuerberaters in einer fehlerhaften Beratung des Mandanten in einer Steuerangelegenheit vor einer Entscheidung der Finanzbehörde, dann beginnt die Verjährung **mit der Bekanntgabe des belastenden Steuerbescheides, weil hierdurch die Verschlechterung der Vermögenslage herbeigeführt wird** (BGH, NJW 1992, 2766; NJW 1995, 2108; NJW-RR 1998, 742, 743; NJW 2000, 2678, 2679; Senat, GI 2002, 197; GI 2003, 140 = OLG-Report 2004, 309).

Diese Rechtsprechung beruht darauf, dass bis zum Erlass des Steuerbescheides oftmals noch ungewiss ist, ob die Finanzbehörde einen steuerrechtlich bedeutsamen Sachverhalt aufdeckt, ob sie bestimmte Tatbestände aufgreift und welche Rechtsfolgen sie daraus zieht (BGHZ 119, 69, 72). Wegen der der Finanzverwaltung jeweils tatsächlich zur Verfügung stehenden Beurteilungs- und gelegentlich auch Ermessensspielräume konkretisiert sich der öffentlich-rechtliche, den Steuerpflichtigen belastende Steueranspruch in einer den Schaden begründenden Weise erst mit Erlass des Steuerbescheides (vgl. BGH, NJW 1995, 2108; BGHZ 129, 376).

Entgegen der Auffassung der Klägerin sind für den Verjährungsbeginn subjektive Umstände aufseiten des Gläubigers, das heißt hier der Klägerin, nicht maßgeblich. Es kommt nicht auf deren Kenntnis oder fahrlässige Unkenntnis von den anspruchsbegründenden Tatsachen an.

Der Anwendung des § 68 StBerG steht entgegen der Auffassung der Klägerin nicht das zwischenzeitliche Inkrafttreten des Gesetzes zur Anpassung von Verjährungsvorschriften an das Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts entgegen. Die mit Wirkung ab 15.12.2004 durch das Verjährungsanpassungsgesetz eingefügten Neuerungen finden nach **Art. 229 § 12 EGBGB**, der die Regelungen des Art. 229 § 6 EGBGB für entsprechend anwendbar erklärt, **nur auf solche Ansprüche Anwendung, die am 15.12.2004 bestanden und noch nicht (nach altem Recht) verjährt waren** (Art. 229 § 6 I 1 EGBGB analog) (*Mansel/Budzikiewicz, NJW 2005, 321, 324*). Die Ansprüche der Klägerin waren aber bereits zuvor verjährt.

2. Der Bescheid vom 12.9.2000 ist der Klägerin am 15.9.2000 zugegangen. Die Verjährung wäre danach mit Ablauf des 15.9.2003 eingetreten. Der Lauf der Verjährungsfrist war aber durch Verhandlungen zwischen der Klägerin und den Beklagten bzw. deren Versicherer für 2 Monate und 26 Tage gehemmt, so dass Verjährung erst mit Ablauf des 11.12.2003 eintrat.

Nach § 203 BGB ist der Lauf der Verjährung während der Zeit schwebender Verhandlungen über den Anspruch gehemmt. Ein Verhandeln, das geeignet ist, die Verjährung zu hemmen, liegt schon bei einem Meinungsaustausch über den Schadenfall zwischen dem Berechtigten und dem Verpflichteten vor, sofern nicht sofort und eindeutig jeder Ersatz abgelehnt wird. Verhandlungen schweben daher schon dann, wenn der in Anspruch Genommene Erklärungen abgibt, die dem Geschädigten die Annahme gestatten, der Verpflichtete lasse sich auf Erörterungen über die Berechtigung von Schadenersatzansprüchen ein.

Nicht erforderlich ist, dass dabei eine Vergleichsbereitschaft oder eine Bereitschaft zum Entgegenkommen signalisiert wird (*st. Rspr. d. Bundesgerichtshofs, so BGH, Urt. v. 17.2.2004 - VI ZR 429/02 zu § 852 BGB a.F., NJW 2004, 1654 m.w.N. = BGH-Report 2004, 871, 872; Senat, Urt. v. 14.10.2003 - 23 U 222/02, GI 2005, 21; ebenso Bamberger/Roth, BGB Stand 2005, § 203 Rdnr. 4; Mankowski/Höpker, MDR 2004, 721 m. weiteren Literaturangaben*).

aa) Aufgrund von Verhandlungen war der Lauf der Verjährungsfrist zunächst gehemmt für einen Monat und 15 Tage in der Zeit vom 16.8.2002 bis zum 30.9.2002. **Die Verhandlungen fanden aufgrund der Anspruchsanmeldung der Klägerin im Schreiben vom 13.8.2002 statt, das die Beklagten am 31.8.2002 mit dem Hinweis, die Angelegenheit sei dem Haftpflichtversicherer vorgelegt worden und dieser werde in der nächsten Woche Stellung nehmen, beantworteten.** Aus diesem Antwortschreiben ergab sich für die Klägerin, dass die Beklagten eine Ersatzverpflichtung nicht grundsätzlich ablehnten und bereit waren, sich auf Erörterungen hierüber einzulassen. Für ein Verhandeln genügt es, wenn der in Anspruch Genommene mitteilt, er lasse die Angelegenheit durch seinen Versicherer prüfen, weil dadurch eine einverständliche Regelung über den Anspruch nicht grundsätzlich verneint wird (*BGH, Urt. v. 7.10.1982 - VII ZR 334/80, NJW 1983, 162, 163*).

Die Hemmung der Verjährung trat aufgrund dieser Reaktion der Beklagten bereits mit dem Zugang des Aufforderungsschreibens der Klägerin ein. Zwar erfüllt das erste Anschreiben der Klägerin nicht die Anforderungen an ein Verhandeln (die Geltendmachung von Ansprüchen durch das Anschreiben selbst ist kein Verhandeln: *Senat, Urt. v. 14.10.2003 - 23 U 222/02, GI 2005, 21; Mankowski/Höpker, MDR 2004, 721, 722*). Werden aber aufgrund des Aufforderungsschreibens Verhandlungen aufgenommen, dann **wirkt die Hemmung auf den Zeitpunkt der ersten Geltendmachung des Anspruchs zurück** (*BGH, Urt. v. 11.11.1958 - VI ZR 231/57, VersR 1959, 205 = MDR 1959, 205; OLG Hamm, Urt. v. 19.3.1997 - 13 U 190/96, NJW-RR 1998, 101, 102; Bamberger/Roth, a.a.O., § 203 Rdnr. 5*).

Die Verhandlungen endeten mit Ablauf des Monats September 2002, da weder der Versicherer noch die Klägerin zunächst auf die Angelegenheit zurückkamen, die **Verhandlungen damit eingeschlafen** waren. Verhandlungen enden nicht nur durch ausdrückliche Erklärung einer Verhandlungspartei, sondern auch dann, wenn sie einschlafen. **Ist nach Treu und Glauben der nächste Schritt eines Verhandlungspartners zu erwarten, kommt aber keiner von ihnen innerhalb der einzuräumenden Überlegungszeit auf die Angelegenheit zurück, enden die schwebenden Verhandlungen.** Dies gilt insbesondere, wenn der Anspruchsteller den Zeitpunkt versäumt, zu dem eine Stellungnahme auf die Äußerung der Gegenseite zu erwarten gewesen

wäre (BGH, Urt. v. 5.11.2002 – VI ZR 416/01, NJW 2003, 895, 896, 897; BGH, Urt. v. 6.3.1990 – VI ZR 44/89, NJW-RR 1990, 664, 665).

Eine Nachfrage der Klägerin nach dem Stand der Prüfung des Versicherers war **spätestens innerhalb eines Monats nach Ankündigung der Prüfung** zu erwarten (siehe zur Monatsfrist nach einer Ankündigung des Haftpflichtversicherers, den Anspruch zu prüfen, auch OLG Düsseldorf, Urt. v. 21.3.1997 – 22 U 208/96, VersR 1999, 68 = OLG-Report 1998, 36 [nur Leitsatz]). Dass die Klägerin mehr als 10 Monate nach dem Schreiben vom 31.8.2002 ihre Ansprüche in Erinnerung rief, ändert nichts daran, dass die ursprünglichen Verhandlungen und die daraus resultierende Verjährungshemmung beendet waren.

Werden zunächst eingeschlafene Verhandlungen später wieder aufgenommen, dann hemmt die neue Verhandlung die Verjährung erst ab dem Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Gespräche, nicht mit Rückwirkung ab der erstmaligen Geltendmachung des Anspruchs (OLG Hamm v. 19.3.1997 – 13 U 190/96, NJW-RR 1998, 101, 102; Bamberger/Roth, a.a.O., § 203 Rdnr. 5).

bb) Der Lauf der Verjährungsfrist war erneut gehemmt in der Zeit vom 23.6.2003 bis 4.8.2003, das sind ein Monat und 11 Tage. Da der Versicherer der Beklagten auf das neuerliche Anspruchsschreiben der Klägerin vom 20.6.2003 unter dem 4.7.2003 die Bereitschaft zur Prüfung mitteilte und weitere Unterlagen anforderte, wurden die **Verhandlungen wieder aufgenommen**. Die Hemmung der Verjährung trat mit dem Zugang des Anspruchsschreibens vom 20.6.2003 ein. **Auch hier gilt, dass mit Ablauf eines Monats nach dem Schreiben des Versicherers die Verhandlungen eingeschlafen waren** und die Hemmung endete.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Versicherer Unterlagen und Auskünfte der Klägerin anforderte, die diese nicht gab. Die Klägerin selbst zeigte damit kein Interesse an der Fortführung von Verhandlungen.

Es besteht keine Veranlassung zu der Annahme, es sei in einer längeren Frist als einem Monat mit einer Stellungnahme zu rechnen gewesen. Das Schreiben der Anwälte der Klägerin vom 29.12.2003 erfolgte weit nach Ablauf der Zeit, innerhalb derer ein Zurückkommen auf die Angelegenheit zu erwarten gewesen wäre, so dass dieses Schreiben nicht als Fortsetzung der Verhandlung angesehen werden kann.

3. Die aufgrund des Schreibens der Klägerin vom 29.12.2003 geführte Korrespondenz hatte auf die bereits eingetretene Verjährung keinen Einfluss. Die Beklagte ist auch nicht nach dem Grundsatz von Treu und Glauben (§ 242 BGB) gehindert, sich auf die eingetretene Verjährung zu berufen.

4. Der Erhebung der Verjährungseinrede steht eine **Sekundärhaftung** der Beklagten nicht entgegen. Ein Steuerberater hat unter bestimmten Voraussetzungen die Pflicht, den Auftraggeber auf die Möglichkeit des Regressanspruchs gegen ihn und dessen kurze Verjährung so rechtzeitig hinzuweisen, dass der Mandant noch anderweitig Rechtsrat einholen und die Verjährung des Schadenersatzanspruchs verhindern kann. Verletzt der Steuerberater diese sekundäre Hinweispflicht, erlangt der Auftraggeber einen Schadenersatzanspruch mit der Folge, dass dem Steuerberater die Einrede der Verjährung gegen den Regressanspruch verwehrt ist. **Eine Hinweispflicht des Steuerberaters besteht aber nicht, wenn der Mandant rechtzeitig vor Ablauf der Verjährungsfrist in der Regressfrage anwaltlich beraten ist.** Dies war hier der Fall. Die Klägerin hatte bereits im Juni 2003 Rechtsanwälte mit der Geltendmachung der Schadenersatzansprüche gegen die Beklagten beauftragt. Eines Hinweises der Beklagten auf den Ablauf der kurzen Verjährung des § 68 StBerG bedurfte es deshalb nicht mehr. (...)

Steuerberaterhaftung

- Verjährungsbeginn, § 68 StBerG a.F.
- Rechtskraft des Steuerbescheides
- Zweite Pflichtverletzung des Steuerberaters
- Belehrung durch neuen Steuerberater (OLG Düsseldorf, Urt. v. 26.11.2004 – I-23 U 101/04)

Leitsätze:

1. Der Vertrag über die Erstellung der Einkommensteuererklärung unter Zusammenveranlagung der Ehegatten gehört zu den Geschäften, die der Deckung des Lebensbedarfs der Familie dienen. Gemäß § 1357 Abs. 1 Satz 2 BGB werden hierdurch im Zweifel beide Ehegatten berechtigt und verpflichtet. Gemäß § 432 BGB kann bei einem solchen Vertrag jeder Ehegatte den Steuerberater auf Schadenersatz in Anspruch nehmen, allerdings nur Leistung an beide Ehegatten verlangen.

2. Wird dem Steuerberater vorgeworfen, gegen einen belastenden Steuerbescheid keinen Einspruch eingelegt zu haben, beginnt die Verjährung eines darauf beruhenden Schadenersatzanspruchs nach § 68 StBerG mit dem Eintritt der Rechtskraft des Bescheides.

3. Keinen Einfluss auf den Ablauf der Verjährungsfrist hat eine zweite Pflichtverletzung des Steuerberaters durch Unterlassen der Stellung eines Antrags nach § 174 AO auf Änderung der fehlerhaften, aber bestandskräftigen Einkommensteuerbescheide wegen widerstreitender Steuerfestsetzung, wenn die Pflicht zur Stellung des Antrags nach § 174 AO in Zusammenhang mit der allgemeinen Vertragspflicht des Steuerberaters stand, von ihm verursachte Nachteile seines Mandanten abzuwenden.

4. Ein vom Arbeitgeber gezahlter Zuschuss zur Krankenversicherung rechtfertigt nicht die Kürzung des Vorwegabzugs gemäß § 10 Abs. 3 Nr. 2 Satz 2 Buchst. a EStG in der Fassung vom 21.12.1993.

5. Die sekundäre Hinweispflicht des Steuerberaters auf seine Haftung und die Verjährung entfällt, wenn der Mandant rechtzeitig vor Ablauf der Verjährung der Primäransprüche wegen der Haftungsfrage einen Rechtsanwalt einschaltet hatte. Die Einschaltung eines anderen Steuerberaters reicht dann nicht aus, wenn der Mandant von dem neuen Steuerberater vor Ablauf der Verjährung der Primäransprüche nicht auf die Möglichkeit der Haftung des alten Steuerberaters und die hierfür geltende Verjährungsfrist hingewiesen wurde. Diese die Sekundärhaftung ausschließenden Umstände muss der in Anspruch genommene Berater darlegen und beweisen.

6. Anlass des Steuerberaters, die Pflichtwidrigkeit des eigenen Verhaltens im Zusammenhang mit der Erstellung einer Einkommensteuererklärung zu erkennen und den Mandanten auf den drohenden Ablauf der Verjährungsfrist hinzuweisen, besteht bei fortbestehendem Auftrag jedes Jahr im Zusammenhang mit der Fertigung der Einkommensteuererklärung für das Folgejahr.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger nimmt die beklagte Steuerberaterin auf Schadenersatz in Anspruch, weil das Finanzamt ihm und seiner Ehefrau im Rahmen der

Zusammenveranlagung in den Einkommensteuerbescheiden für die Jahre 1994 bis 1999 den Vorwegabzug gemäß § 10 Abs. 3 Nr. 2 Buchst. a EStG wegen Zukunftssicherungsleistungen seiner Arbeitgeberin gekürzt hat. Nach seinem Geschäftsführervertrag mit einer GmbH hatte der Kläger in diesen Jahren lediglich Anspruch auf ein festes Jahresgehalt von 60.000 DM und einen Zuschuss zur Krankenversicherung. Eine Pensionszusage hatte die Arbeitgeberin ihm nicht erteilt. Trotzdem hatte die beklagte Steuerberaterin bei der Arbeitgeberin eine Rückdeckungsversicherung in die Betriebsausgaben eingestellt.

Das Landgericht hat die Klage wegen Verjährung abgewiesen. Die zulässige Berufung des Klägers hat in der Sache teilweise Erfolg.

Aus den Gründen:

I.

Die Beklagte ist gegenüber dem Kläger und seiner Ehefrau aus dem Gesichtspunkt der Sekundärhaftung nach Verjährung der Ansprüche aus positiver Vertragsverletzung des mit ihnen geschlossenen Steuerberatervertrages verpflichtet, einen Teilbetrag von 2.121,54 EUR der von den Ehegatten für 1997 im Rahmen ihrer Zusammenveranlagung als Gesamtschuldner (§ 44 AO) entrichteten Einkommensteuern zu erstatten. Die insoweit gegenteilige Entscheidung des Landgerichts beruht auf einer Rechtsverletzung.

Der Kläger ist befugt, diesen Ersatzanspruch allein geltend zu machen, allerdings nur mit der Maßgabe, dass die geforderte Leistung an beide Ehegatten erbracht wird. Dies ergibt sich aus § 432 BGB. Der Ersatzanspruch aus dem Steuerberatervertrag steht den Ehegatten als Mitgläubigern zu, da der Vertrag über die Erstellung der Einkommensteuererklärung unter Zusammenveranlagung der Ehegatten zu den Geschäften gehört, die der Deckung des Lebensbedarfs der Familie dienen und hierdurch gemäß § 1357 Abs. 1 Satz 2 BGB im Zweifel beide Ehegatten berechtigt und verpflichtet werden. Gemäß § 432 BGB kann bei einem solchen Vertrag jeder Ehegatte, also auch der Kläger, Leistung an alle fordern (*Palandt/Heinrichs, BGB 63. Aufl., § 1357 Rdnr. 5*). Diese Forderung ist in dem Klagebegehren des Klägers, das auf Leistung allein an sich selbst gerichtet ist, bei richtiger Auslegung mit enthalten.

Soweit der Kläger die Erstattung weiterer für die Jahre 1994, 1995, 1996, 1998 und 1999 gezahlter Einkommensteuern verlangt, hat das Landgericht die Klage zu Recht abgewiesen; die gemäß § 529 ZPO zugrunde zu legenden Tatsachen rechtfertigen insoweit keine andere Entscheidung.

1. Insgesamt rechtsfehlerfrei sind die Ausführungen des Landgerichts zur Verjährung primärer Schadenersatzansprüche.

a) Wird dem Steuerberater, wie es hier der Fall ist, **nicht eine Pflichtverletzung vor Erlass des belastenden Steuerbescheides, sondern nur vorgeworfen, gegen den belastenden Steuerbescheid keinen Rechtsbehelf eingelegt zu haben, so beginnt die Verjährung eines darauf beruhenden Schadenersatzanspruchs nach § 68 StBerG mit dem Eintritt der Rechtskraft des Bescheides** (*Zugehör, Handbuch der Anwaltschaft, S. 609 u. 672*).

Ein weiteres Hinausschieben des Verjährungsbeginns, das der Kläger mit der Berufung geltend macht, steht nicht im Einklang mit dem Gesetz und der Rechtsprechung des BGH. Die geltenden Gesetze über die Verjährung von Schadenersatzansprüchen gegen Rechtsanwälte und Steuerberater sind vom Gesetzgeber bewusst beraterfreundlich ausgestaltet worden, um die Berater vor einer unangemessen langen Bedrohung durch das berufliche Haftungsrisiko zu schützen. Die Härten und Unbilligkeiten, die sich für den geschädigten Mandanten aus den von der Kenntnis unabhängigen Verjährungsvorschriften ergeben, hat die Rechtsprechung ausgeglichen durch die Entwicklung der Sekundärhaftung und die Festlegung des Verjährungsbeginns auf den Zeitpunkt der tatsächlichen Schadenentstehung (*Zugehör, a.a.O., S. 600 f u. 635 f*).

b) Die Argumentation der Berufung, der Verjährungsbeginn sei hinauszuschieben, weil es dem Kläger erst nach Abschluss der Außenprüfung des Finanzamts bei seiner Arbeitgeberin im Jahre 2002 möglich gewesen sei, erfolgreich Regressansprüche gegen die Beklagte zu begründen und im Wege der Klage durchzusetzen, trifft nicht zu.

aa) Bereits im Rahmen des eingelegten Einspruchs gegen den Einkommensteuerbescheid für das Jahr 1994 hätte geltend gemacht werden können, dass die Begründung des Finanzamts im Schreiben vom 22.11.1995 zur Kürzung des

Vorwegabzugs gemäß § 10 Abs. 3 Nr. 2 Buchst. a EStG in der Fassung des St MBG vom 21.12.1993 (*BStBl II 1994, 50*) (Zuschuss des Arbeitgebers des Klägers zur Krankenversicherung) falsch sei.

Nach § 10 Abs. 3 EStG sind Vorsorgeaufwendungen mit bestimmten Höchstbeträgen abziehbar. Der Vorwegabzug ist zu kürzen, wenn für die Zukunftssicherung des Steuerpflichtigen Leistungen i.S.d. § 3 Nr. 62 EStG erbracht werden (§ 10 Abs. 3 Nr. 2 Satz 2 Buchst. a EStG). Zukunftssicherungsleistungen sind Ausgaben, die ein Arbeitgeber leistet, um einen Arbeitnehmer oder diesem nahe stehende Personen für den Fall der Krankheit, des Unfalls, der Invalidität, des Alters oder des Todes abzusichern, soweit der Arbeitnehmer die Ansprüche selbst gegen den Versicherer geltend machen kann.

Der Vorwegabzug soll insbesondere den selbstständig tätigen Steuerpflichtigen einen Ausgleich dafür bieten, dass diese ihre Beiträge zur Zukunftssicherung in vollem Umfang selbst aufbringen müssen, während bei nichtselbstständig tätigen Steuerpflichtigen der Arbeitgeber zur Beitragsleistung kraft Gesetzes verpflichtet ist und der Arbeitgeberanteil nicht vom Arbeitnehmer zu versteuern ist. Das Gesetz räumt zu diesem Zweck allen Steuerpflichtigen einen Vorwegabzug ein, kürzt diesen aber bei den nichtselbstständig tätigen Steuerpflichtigen ggf. um den gesetzlichen Arbeitgeberanteil (*BFH, BStBl II 2003, 288*).

Solche Leistungen hat aber die Arbeitgeberin des Klägers nicht erbracht und dem Kläger aufgrund des Geschäftsführervertrages vom 5.1.1993 auch nicht geschuldet. Gemäß § 6 des Geschäftsführervertrages hatte der Kläger nur Anspruch auf ein festes Jahresgehalt, auf die Benutzung eines betrieblichen PKW/Telefons und auf einen Zuschuss zur Krankenversicherung. Der Zuschuss zur Krankenversicherung gehörte zu seinem zu versteuernden Einkommen, von dem er privat seine Krankenversicherungsbeiträge entrichtete. Solche vom Arbeitnehmer zu versteuernden Zuschüsse des Arbeitgebers fallen nicht unter die Zukunftssicherungsleistungen i.S.d. § 3 Nr. 62 EStG und rechtfertigen daher nicht die Kürzung des Vorwegabzugs gemäß § 10 Abs. 3 Nr. 2 Satz 2 Buchst. a EStG.

Wenn das Finanzamt dieser Argumentation nicht gefolgt wäre, hätte sie erfolgreich mit einer Klage durchgesetzt werden können. Dementsprechend ist in den nach Aufklärung des

Sachverhalts anlässlich der Außenprüfung bei der Arbeitgeberin des Klägers für die Jahre ab 2000 ergangenen Steuerbescheiden der Eheleute E. der Vorwegabzug ungekürzt vorgenommen worden.

bb) Es kann unterstellt werden, dass das Finanzamt im Einspruchs- bzw. Klageverfahren als Ersatzbegründung nachgeschoben hätte, dem Kläger sei von seiner Arbeitgeberin eine die Kürzung des Vorwegabzugs rechtfertigende Pensionszusage erteilt worden. Auch diese Begründung wäre falsch gewesen, da der Geschäftsführervertrag des Klägers keine Pensionszusage seiner Arbeitgeberin enthält und die Arbeitgeberin daher zu Unrecht eine Rückdeckungsversicherung in die Betriebsausgaben eingestellt hatte. Dies hat das Finanzamt anlässlich der 2001 eingeleiteten Außenprüfung bei der Arbeitgeberin aufgedeckt und die Forderung Rückdeckungsversicherung für die Jahre 1997 bis 1999 gemäß § 173 Abs. 1 Nr. 1 AO nachträglich gewinnerhöhend berücksichtigt.

Wäre, was aufgrund der Kenntnisse beider Parteien möglich und zumutbar war, bereits 1995 im Einspruchsverfahren darauf hingewiesen worden, dass der Geschäftsführervertrag des Klägers keine Pensionszusage seiner Arbeitgeberin enthält, hätte das Finanzamt die von der Arbeitgeberin als Betriebsausgabe verbuchte Rückdeckungsversicherung bereits zu diesem Zeitpunkt gewinnerhöhend berücksichtigt mit der Folge, dass dem Kläger und seiner Ehefrau der gesetzliche Vorwegabzug ohne Kürzung gewährt worden wäre. Es besteht also kein Anlass, den Beginn der Verjährung auf den Zeitpunkt der Außenprüfung bei der Arbeitgeberin des Klägers zu verschieben.

c) Nach den vorstehenden Ausführungen **begann somit die Verjährung der vom Kläger geltend gemachten Schadenersatzansprüche mit der Bestandskraft der ihn und seine Ehefrau betreffenden Einkommensteuerbescheide für die Jahre 1994 bis 1999**. Die Daten der Bestandskraft sind vom Landgericht zutreffend ermittelt worden. **Der Vorläufigkeitsvermerk in den Steuerbescheiden für 1994 bis 1997 zu § 10 Abs. 3 EStG erstreckte sich nicht auf die Frage, ob die Steuerpflichtigen zum Abzug von Sonderausgaben mit oder ohne Kürzung des Vorwegabzugs berechtigt waren (BGH, BStBl II 1997, 791).**

Ebenfalls richtig hat das Landgericht die Daten des Ablaufs der Verjährungsfrist der Primäransprüche gemäß § 68 StBerG (für

1994: 13.11.1998, für 1995: 21.7.1999, für 1996: 6.7.2000, für 1997: 9.4.2001, für 1998: 29.11.2002, für 1999: 16.6.2003) ermittelt. Sämtliche Daten liegen zeitlich vor dem Eingang der Klageschrift (28.8.2003).

d) Keinen Einfluss auf den Ablauf der Verjährungsfristen hat der Umstand, dass es die Beklagte im Zeitpunkt des Abschlusses der Betriebsprüfung bei der Arbeitgeberin des Klägers im Jahre 2002 unterlassen hat, aufgrund der nunmehr widerstreitenden Steuerfestsetzung bei der Arbeitgeberin einerseits und dem Kläger sowie seiner Ehefrau andererseits einen Antrag nach § 174 AO auf Änderung der fehlerhaften, aber bestandskräftigen Einkommensteuerbescheide zu stellen.

Eine etwaige darin liegende **zweite Pflichtverletzung der Beklagten setzte keine neue Verjährungsfrist in Gang**. Es handelte sich hierbei nicht um eine selbstständige schadenursächliche Pflichtverletzung, die die vorangegangene, in der unterlassenen Rechtsmittelinlegung liegende schadenauslösende Pflichtverletzung gleichsam aufhob und wegen ihrer Dauerwirkung eine neue Verjährung beginnen ließ. Die etwaige Pflichtverletzung durch Unterlassen der Stellung eines Antrags nach § 174 AO **beruhte vielmehr auf der allgemeinen Vertragspflicht des Steuerberaters, von ihm verursachte Nachteile seiner Mandantin abzuwenden oder wenigstens zu mindern, und ändert nichts an der einheitlichen Verjährungsfrist für sämtliche auf der vorangegangenen Pflichtverletzung beruhenden Folgeschäden (BGH, NJW 1998, 1488 f).**

2. Ebenfalls rechtsfehlerfrei – und mit der Berufung auch nicht beanstandet – sind die Ausführungen des Landgerichts **zu den sekundären Schadenersatzansprüchen** des Klägers betreffend die Steuerjahre 1994 bis 1996 und 1998 sowie 1999.

Hinsichtlich der Steuerjahre 1994 bis 1996 waren diese Ansprüche bei Eingang der Klage ebenfalls verjährt. Die dreijährige Verjährungsfrist begann jeweils mit Vollendung der Verjährung der Primäransprüche (NJW 1995, 2108, 2110). Für die Steuerjahre 1998 und 1999 sind Sekundäransprüche ausgeschlossen, **weil der Kläger vor Ablauf der Verjährung der Primäransprüche wegen der Haftungsfrage seine erstinstanzlichen Prozessbevollmächtigten eingeschaltet hatte**. Dies ergibt sich aus deren vorprozessualen Schreiben vom 19.3.2003, in

dem eingangs davon die Rede ist, dass sie bisher vergeblich auf die in dem Fax der Prozessbevollmächtigten der Beklagten vom 14.8.2002 anvisierten Stellungnahmen warteten.

3. Rechtsfehlerhaft sind jedoch die Ausführungen des Landgerichts im angefochtenen Urteil zu den Sekundäransprüchen des Klägers betreffend das Steuerjahr 1997. Rechtsfehler sind vom Berufungsgericht auch ohne Berufungsangriff von Amts wegen zu beachten.

a) Die sekundäre Hinweispflicht des Steuerberaters entfällt nur dann, wenn der Mandant rechtzeitig vor Ablauf der Primärverjährung wegen der Haftungsfrage einen Rechtsanwalt eingeschaltet hatte; **die Einschaltung eines anderen Steuerberaters reicht** entgegen der Auffassung des Landgerichts **jedenfalls dann nicht aus, wenn der Mandant von dem neuen Steuerberater nicht auf die Möglichkeit der Haftung des alten Steuerberaters und die hierfür geltenden Verjährungsfristen hingewiesen wurde und er deshalb einer weiteren Aufklärung durch einen Anwalt nicht mehr bedurfte**. Diese die Sekundärhaftung ausschließenden Umstände muss der in Anspruch genommene Berater – hier also die Beklagte – darlegen und beweisen.

Hier fehlt jedoch ein entsprechender Vortrag der Beklagten. Es ist nicht feststellbar, dass der Kläger bereits vor Ablauf der Verjährung seines Primäranspruchs betreffend das Steuerjahr 1997 (9.4.2001) wegen der Haftungsfrage anwaltlichen Rat in Anspruch genommen hatte. Das vorprozessuale Schreiben der erstinstanzlichen Prozessbevollmächtigten vom 19.3.2003 hilft insoweit nicht weiter. Auch nicht feststellbar ist, dass der Kläger bereits vor dem 9.4.2001 andere Steuerberater eingeschaltet hatte und von diesen über die Haftung der Beklagten und die hierfür geltende Verjährungsfrist hingewiesen wurde.

b) Die nach § 529 ZPO zugrunde zu legenden Tatsachen rechtfertigen die Annahme eines Sekundäranspruchs des Klägers betreffend das Steuerjahr 1997. **Der vom BGH (NJW 1995, 2108 f) geforderte Anlass des Steuerberaters, die Pflichtwidrigkeit des eigenen Verhaltens zu erkennen und den Mandanten auf den drohenden Ablauf der Verjährungsfrist hinzuweisen, ergab sich für die Beklagte jedes Jahr im Zusammenhang mit der Fertigung der Einkommensteuererklärung für den Kläger und seine Ehefrau.**

Zwar löst die Pflichtwidrigkeit, die einen Schaden des Mandanten verursacht hat, den Sekundäranspruch nicht aus. **Eine erneute Verletzung des fortbestehenden Auftrags, die einen weiteren Schadenersatzanspruch begründet, kann jedoch zugleich die Erkenntnis eines zuvor begangenen Fehlers verhindern** (BGH, NJW 1991, 2828).

Hätte die Beklagte jährlich ihre Vertragspflicht erfüllt, hätte für sie daher ausreichend Anlass bestanden zu prüfen, ob sie nicht in den Vorjahren Fehler begangen hatte. Dies gilt umso mehr, als sie zugleich Steuerberaterin der Arbeitgeberin des Klägers war und aus dieser Tätigkeit auch die jährliche Verbuchung der Rückdeckungsversicherung als Betriebsausgaben ohne Vorliegen einer vertraglichen Pensionszusage und damit die sich hieraus ergebenden Probleme für den Vorwegabzug gemäß § 10 Abs. 3 EStG kannte.

Ob dieses Problem bereits zu Beginn der ca. zwei Wochen vor Ablauf der Verjährung der Primäransprüche bei der Arbeitgeberin begonnenen Außenprüfung eine Rolle spielte, kann daher offen bleiben.

Die vom Kläger belegten Folgen dieser Außenprüfung (gewinnerhöhende Berücksichtigung der Rückdeckungsversicherung bei der Arbeitgeberin und Anerkennung des Vorwegabzugs gemäß § 10 Abs. 3 EStG ohne Kürzung ab 2000 beim Kläger und seiner Ehefrau) bestätigt die Rechtsauffassung des Klägers dazu, dass Einsprüche gegen die Kürzung bei den streitgegenständlichen Steuerjahren Erfolg gehabt hätten. Erhebliche Einwände werden von der Beklagten hiergegen nicht erhoben.

c) Der Steuerschaden des Klägers und seiner Ehefrau für das Jahr 1997 ist in der Klageschrift mit 2.121,54 EUR angegeben. Auch hiergegen hat die Beklagte keine erheblichen Einwände erhoben. Vorteile des Klägers und seiner Ehefrau, die diesen Schaden ausgleichen, sind nicht feststellbar.

II.

(...)

Es besteht kein Anlass, die Revision zuzulassen.

GI Leitsätze

Fristenkontrolle/EDV-Fristenkalender

Ein anwaltliches Organisationsverschulden liegt vor, wenn ein Rechtsanwalt einen EDV-gestützten Fristenkalender verwendet, aber nicht anordnet, dass die Eingaben in diesen Kalender jeweils durch Ausgabe der eingegebenen Einzelvorgänge über einen Drucker kontrolliert werden.

(BGH, Beschl. v. 12.12.2005 – II ZB 33/04)

Haftung des Rechtsbeistands/Verjährung

1. Zur Bezeichnung des Anspruchs in einem Mahnbescheid, wenn Ansprüche aus eigenem und aus abgetretenem Recht geltend gemacht werden.

2. Ein Rechtsbeistand hat seinen Auftraggeber vor Rechtsnachteilen durch Verjährung zu bewahren, auch wenn dieser zusätzlich einen Rechtsanwalt mit der Wahrnehmung seiner Interessen beauftragt.

3. Vertragliche Schadenersatzansprüche gegen einen nicht kammerangehörigen Rechtsbeistand unterlagen auch nach altem Recht der Regelverjährung; dies begegnet keinen verfassungsrechtlichen Bedenken.

4. Wegen der Pfändung und Überweisung eines Teils der Klageforderung nach Schluss der mündlichen Verhandlung in der Berufungsinstanz ist eine Klageänderung im Revisionsverfahren nicht geboten.

(BGH, Urt. v. 17.11.2005 – IX ZR 8/04)

GI Hinweise

Anfechtungsgesetz

Ein Gläubiger hat auch außerhalb eines Insolvenzverfahrens die Möglichkeit, Rechtshandlungen des Schuldners, die ihn und andere Gläubiger benachteiligen, anzufechten. Die gesetzlichen Regelungen dazu finden sich im Anfechtungsgesetz. Oft handelt es sich bei den anfechtbaren Rechtshandlungen um unentgeltliche Zuwendungen oder Vermögensverschiebungen. Dargestellt ist die Kehrtwende des Gesetzgebers betreffend § 9 Abs. 1 AnfG mit dem Duldungsbescheid nach § 191 Abs. 1 AO und die Rechtsprechung des IX. Zivilsenats des BGH, der für die Anfechtung inner- und außerhalb der Insolvenz zuständig ist.

Der Band wendet sich an Rechtsanwälte, Konkursverwalter, Richter, Rechtspfleger, Wirtschafts- und Steuerberater, Banken und Versicherungen.

Prof. Dr. Michael Huber, Anfechtungsgesetz – 10. neu bearbeitete Auflage 2006, Verlag C.H. Beck, XVIII, 331 Seiten, in Leinen, 36,- €, ISBN 3-406-54224-7

AGB-Recht

Angesichts der enormen Bedeutung, die AGB im täglichen Wirtschaftsleben zukommt, hat das AGB-Recht auch nach seiner Eingliederung in das BGB seine eigenständige Bedeutung nicht verloren.

Mit der jetzt vorliegenden Neuauflage ist der Ulmer/Brandner/Hensen wieder grundlegend überarbeitet und rundum auf aktuellen Stand gebracht worden. An wesentlichen Rechtsänderungen sind vor allem die teilweise Neuordnung des Leistungsstörungenrechts sowie die grundsätzliche Einbeziehung der Arbeitsverträge in den Anwendungsbereich des AGB-Rechts durch die Schuldrechtsreform hervorzuheben. Auch die Einbeziehung des Verbrauchsgüterkaufrechts ist umfassend eingearbeitet worden.

An die Kommentierung des materiellen AGB-Rechts, jetzt in den §§ 305–310 BGB geregelt, schließt sich wie in den Voraufgaben ein umfangreicher Katalog zu fast 100 gebräuchlichen Klausel- und Vertragstypen an, die mit ihren jeweiligen branchenspezifischen Besonderheiten erläutert werden. Den Abschluss bildet die Kommentierung der AGB-rechtlichen Vorschriften des Unterlassungsklagengesetzes.

In bewährter Qualität bieten die Autoren, allesamt ausgewiesene Experten aus Wissenschaft und Praxis, eine meinungsfreudige, allumfassende Kommentierung des AGB-Rechts, wobei die Interessen von AGB-Verwendern wie Kunden stets gleichermaßen Berücksichtigung finden.

Ulmer/Brandner/Hensen: AGB-Recht – Kommentar zu den §§ 305–310 BGB und zum UKlaG, von Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter Ulmer, Vizepräs. Hans. OLG a.D., Horst-Diether Hensen, RiAG Dr. Guido Christensen, Prof. Dr. Andreas Fuchs, LL.M. und RA Prof. Dr. Harry Schmidt – 10. neu bearbeitete Auflage 2006, Verlag Dr. Otto Schmidt, Köln, 1.968 Seiten, Lexikonformat, gebunden, 149,- €/235,- SFr, ISBN 10: 3-504-45108-4, ISBN 13: 978-3-504-45108-0

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

Heft 1–6

Abschlussprüfung

- Bewertung, Warenvorräte 2006, 132
- Dritthaftung 2006, 132
- Insolvenzreife 2006, 132
- Prospekthaftung 2006, 186

Amtspflichtverletzung

- Eingabefehler des FA 2006, 65, 82
- Einspruchsverfahren 2006, 65, 82
- StB-Kosten 2006, 65, 82

Annahmeverzug

- > des Mandanten
- = Vergütungsanspruch des StB 2006, 119

Aufrechnung

- Gelder, zweckgebundene 2006, 121
- Honoraranspruch 2006, 121
- Treuhandgelder 2006, 121

Auslegung

- Erklärung des RA 2006, 182

Belehrungspflicht des RA

- Auftragsinhalt
- = >, beschränkter 2006, 154
- Belehrungsbedürftigkeit, fehlende
- = Selbstverständlichkeiten 2006, 10
- >, ungefragte
- = Auftragsinhalt 2006, 154
- = Dauermandat 2006, 154
- Einkünfte, gewerbliche 2006, 154

Belehrungspflicht des StB/WP

- Auftragsinhalt
- = Allgemeinberater 2006, 72
- = Anspruchsabwehr 2006, 151
- = Mandat, beschränktes 2006, 72
- Betriebsveräußerung, §§ 16, 34 EStG 2006, 12
- Beweislast
- = Belehrung, unterlassene 2006, 12
- Gesetzgebungsverfahren
- = Umwandlungsmodell 2006, 27
- Information des Mandanten 2006, 151
- Nebenpflicht zur > 2006, 53
- Rechtsberatung 2006, 24
- Risiken, steuerliche
- = Betriebsveräußerung, §§ 16, 34 EStG 2006, 12
- = Prognosen 2006, 12
- = Ziele des Mandanten 2006, 12
- Schadenverhütungspflicht 2006, 53
- Spezialist 2006, 72
- Umwandlung
- = Partner, neue 2006, 12
- Ziele des Mandanten 2006, 12
- Zwei-Konten-Modell 2006, 53

Beratung

- >, prognostische 2006, 12

Beschlagnahmeverbot, § 97 StPO

- Geschäftsunterlagen 2006, 38

Betriebsveräußerung, §§ 16, 34 EStG

2006, 12

Bilanzerstellung

- Bewertung, Warenvorräte 2006, 132

Dritthaftung

- Abschlussprüfung 2006, 132, 175
- Insolvenzreife 2006, 132
- Pflichtprüfung 2006, 175
- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter
- = Abschlussprüfung 2006, 175
- = Allgemeine Auftragsbedingungen 2006, 175
- = Pflichtprüfung 2006, 175
- = Weitergabe von Leistungen 2006, 175

Fristenkontrolle

- Aktenvorlage
- = Berufungsbegründungsfrist 2006, 115
- = Fristprüfung 2006, 115
- Fristenkontrollbuch
- = Telefax 2006, 77
- Fristenüberwachung durch RA
- = Aktenvorlage 2006, 115
- Organisationsanweisung
- = Faxnummer, falsche 2006, 44
- = Fristlöschung 2006, 101
- = Fristnotierung 2006, 4, 101
- Telefax/Telebrief
- = Anweisung an Bürokraft 2006, 77
- = Ausgangskontrolle 2006, 44, 77
- = Empfängerkontrolle 2006, 77
- = Faxnummer, falsche 2006, 44
- = Fristlöschung 2006, 77
- = Organisationsverschulden 2006, 44
- = Sendebericht 2006, 77
- Weisung an Bürokraft
- = Telefax 2006, 77

Gerichtsstand

- Regressklage 2006, 62

Herausgabepflicht des RA

- Bürgschaftsurkunde 2006, 165

Honoraranspruch des RA

- Aufrechnung
- = > gegen Fremdgelder 2006, 121
- Gegenstandswert 2006, 87
- Rahmensatz
- = Mittelgebühr 2006, 87
- = Wahl des > 2006, 87

Honoraranspruch des StB/WP

- Annahmeverzug des Mandanten, § 615 BGB
- = keine Nachleistungspflicht 2006, 119
- = Vermögensvorteil des StB 2006, 119
- Aufrechnung
- = Ausschluss der > 2006, 48
- = Schadenersatzanspruch gg. RA 2006, 48
- DATEV-Gebühren 2006, 48
- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV
- = „allgemeine Beratung“ 2006, 48
- = Stundensätze 2006, 48
- = Zeitgebühr 2006, 48
- Rückforderungsanspruch, § 812 BGB
- = Wertersatz 2006, 108, 122
- Zeitgebühr/-honorar
- = Aufzeichnungen 2006, 48
- = Stundensätze, unterschiedliche 2006, 48

Insolvenzverwalter

- Prozessführungsbefugnis 2006, 27

Kausalität

- Alternativgestaltung
 - = Feststellungsklage 2006, 141
- Bestätigungsvermerk, Kapitalanlage 2006, 186
- Fehler
 - = > des Berufskollegen 2006, 27
 - = >, gleichartige 2006, 27
- Kapitalanlage 2006, 186
- > zwischen Pflichtwidrigkeit und Schaden
 - = Alternativgestaltung 2006, 141
 - = Anscheinsbeweis 2006, 12, 141
 - = Betriebsveräußerung, §§ 16, 34 EStG 2006, 12
 - = Beweisführung
 - Feststellungsklage 2006, 141
 - § 287 ZPO 2006, 12, 78
 - = Darlegungslast, erweiterte 2006, 12
 - = Entscheidung des Gerichts 2006, 179
 - = Entschuldungsvereinbarung 2006, 78
 - = Handlungsalternativen 2006, 78
 - = Verhalten, beratungskonformes 2006, 12, 78, 141
 - = Ziele des Mandanten 2006, 12
 - = Zweckverfehlung 2006, 78
- Prospekthaftung 2006, 186
- Schutzzweck
 - = Auskunftsfehler 2006, 99
 - = Steuerisiko 2006, 99
- Unterbrechung der >
 - = Rechtsmittel 2006, 179

Kenntnis des Steuerrechts

- Belehrungspflichten 2006, 12
- Betriebsveräußerung, §§ 16, 34 EStG 2006, 12
- Verfassungsmäßigkeit der Steuergesetze 2006, 62
- Vorlagebeschluss
 - = > zum BVerfG 2006, 62
- Zeitschriften 2006, 62
 - = Finanz-Rundschau 2006, 62

Kenntnis des Zivilrechts

- Spezialmaterie 2006, 151

Kostenerstattung

- Privatgutachten zur Prozessvorbereitung
 - = Kostenschonung 2006, 89
 - = Schweizer Rechtsanwälte 2006, 89
- RA-Honorar, vorprozessuales 2006, 22

Mittelverwendungskontrolle

- Bonitätsprüfung 2006, 116
- Prüfung, formale 2006, 116

Mitverschulden

- Kenntnis des Mandanten
 - = Vorbildung 2006, 7
- Klageverfahren, neues, zumutbar 2006, 179
- Rechtsmittel, unterlassenes
 - = Zumutbarkeit 2006, 179
- Sachkunde, überlegene, des RA 2006, 7
- Schadenbeseitigung
 - = Fehler des Zweitberaters 2006, 7
- Zweitberater, Verschulden des >
 - = Auftragsinhalt 2006, 7
 - = Fehler, gleichartiger 2006, 7

Notar

- Belehrungspflichten
 - = Grundstücksteilung 2006, 22
 - = Straßenanbindung 2006, 22
- Gesamtschuld
 - = Amtsträgerhaftung, weitere 2006, 129

- Vollzug
 - = Grundstücksgeschäft 2006, 129
 - = Überwachung des > 2006, 129
 - = Umschreibungsantrag 2006, 129

Prospekthaftung

- Bestätigungsvermerk, WP 2006, 186
- Jahresabschlusstestat, WP 2006, 186
- Kausalität 2006, 186
- Prospektangaben
 - = >, wesentliche 2006, 186

Prozessauftrag

- Fehler
 - = Erste Instanz 2006, 179

Rechtsanwalt

- Auftragsinhalt
 - = Belehrungspflichten 2006, 151
 - = Prüfungspflichten 2006, 151
 - = Ziel des Mandanten 2006, 151
- Beratungspflichten
 - = >, mandatsbezogene 2006, 151
 - = Spezialmaterie 2006, 151
- Kündigungserklärung
 - = Originalvollmacht 2006, 97
- Versicherungsmandat
 - = Frist, § 8 II Abs. 1 AUB 2006, 58
- Zulassung
 - = Restschuldbefreiung 2006, 45
 - = Vermögensverfall 2006, 45

Rechtsberatung/Rechtsbesorgung

- Hinzuziehung eines Anwalts 2006, 24

Rechtsmittel

- Kostenfreistellungsantrag 2006, 179

Schaden

- Alternativgestaltungen 2006, 141
- Ansparabschreibung 2006, 166
- Anwaltskosten
 - = > für Strafverfahren 2006, 161
- Fehlerbeseitigung
 - = Honorar des Schädigers 2006, 175
- Feststellungsklage 2006, 141
- Freistellungsanspruch 2006, 175
- Gesamtvermögensvergleich
 - = Betriebsveräußerung, §§ 16, 34 EStG 2006, 12
- Kosten
 - = Freistellungsanspruch 2006, 179
 - = Rechtsmittel 2006, 179
- Nachzahlungszinsen 2006, 161
- Strafverteidigerkosten 2006, 161
- Zinsvorteil 2006, 161

Schutzgesetz i.S.v. § 823 Abs. 2 BGB

- § 5 StBerG 2006, 161

Sozietät

- Altersversorgung 2006, 4
- Befugnis zur Steuerberatung 2006, 108, 122
- Gesamtschuldner
 - = Steuerberater, Ausländer 2006, 108, 122
- Haftung des ausgeschiedenen Sozius
 - = Gesamtschuldner 2006, 97
- Haftung der >
 - = Berufspflichtverletzung 2006, 56
 - = Deliktsansprüche 2006, 56
 - = Haftung, akzessorische 2006, 56
- Rechtsfähigkeit der >
 - = Zurechnung, § 31 BGB 2006, 97

- Sozietät, gemischte
 - = Ausländer 2006, 108, 122
- Verjährungsverzicht 2006, 141
- Vertrag mit Sozietät/Sozien
 - = Sozios, ausländischer 2006, 108, 122

Steuerberater

- Dienstleistungsfreiheit 2006, 108, 122
- EU-Bürger 2006, 108
- Grenzüberschreitung 2006, 108, 122
- Haftung, strafrechtliche 2006, 5
- >, ausländischer 2006, 108, 122

Steuerberatungsgesetz

- § 3 Nr. 4
 - = I - Steuerberatung 2006, 108, 122
- § 5
 - = Kontierer 2006, 161
 - = Schutzgesetz
 - i.S.v. § 823 Abs. 2 BGB 2006, 161
 - = Steuerberater als Erfüllungsgelhilfe 2006, 161

Steuerberatungsvertrag

- Darlegungs- und Beweislast
 - = > bei Auftragserweiterung 2006, 159
- Inhalt des >
 - = Unternehmensverkauf 2006, 159
- Kontierer
 - = Belehrungspflichten 2006, 161
- Nichtigkeit, § 134 BGB
 - = Bereicherungsanspruch 2006, 108, 122
 - = Steuerberatung, unerlaubte 2006, 108, 122
- Pflichten
 - = Auftragsinhalt 2006, 159
- Sozietät, ausländischer StB 2006, 108, 122
- Spezialisten-Einschaltung 2006, 72
- Zustandekommen des >
 - = Abschluss, stillschweigender 2006, 159

Steuerhinterziehung

- Steuerberater, Mittäter 2006, 5

Testamentsvollstrecker

- Rechtsberatung 2006, 4
- Wirtschaftsprüfer 2006, 4

Treuhänder

- Mittelverwendungskontrolle
 - = Bonitätsprüfung 2006, 116
 - = Prüfung, formale 2006, 116

Unterschrift

- Erkennbarkeit 2006, 149
- Rechtsmittelschrift 2006, 149
- Wiedereinsetzung 2006, 149

Verjährung, § 68 StBerG a.F./§ 51a WPO a.F.

- Belehrung über Fehler und Verjährungsvorschrift
 - = Anlass für >
 - Steuererklärung, Folgejahr 2006, 195
 - = Belehrungsbedürftigkeit 2006, 195
 - = Ende der >
 - Belehrung durch neuen StB 2006, 195
- SchuldrechtsmodernisierungsG
 - = Übergangsregelung, Art. 229 § 12 EGBGB 2006, 192
- Treuhandkommanditist 2006, 106
- Verjährungsbeginn
 - = Ausschlussfrist 2006, 112
 - = Folgefehler 2006, 195

- = Fristversäumnis
 - Ausschlussfrist 2006, 112
 - § 65 Abs. 2 FGO 2006, 51
- = Gestaltungsberatung, fehlerhafte 2006, 112
- = Gestaltungsrecht 2006, 182
- = Organschaft, fehlgeschlagene 2006, 112
- = Rücktrittserklärung 2006, 182
- = Schadenentstehung
 - Gestaltungsrecht, Ausübung des > 2006, 182
- Verjährungshemmung
 - = SchuldrechtsmodernisierungsG 2006, 192
- Verjährungsverzicht
 - = > durch Sozios 2006, 141

Versicherungsschutz

- Bereicherungsanspruch 2006, 167
- Bindungswirkung
 - = > des Haftpflichturteils 2006, 130
 - Pflichtverletzung 2006, 39
 - Schadenersatzanspruch 2006, 39
 - sog. Voraussetzungsidentität 2006, 39, 130, 167
- D.-&-O.-Versicherung
 - = Anfechtung der > 2006, 140
- Haftpflichtanspruch
 - = Bereicherungsanspruch 2006, 167
- Löschung im Handelsregister 2006, 157
- Obliegenheiten
 - = Aufklärungspflichten 2006, 157
- Pflichtverletzung, wissentliche
 - = Grundregeln 2006, 130
 - = Liquiditätsplan, Insolvenz 2006, 91
 - = Neutralitätspflicht 2006, 130
 - = Notar 2006, 130
- Verjährung
 - = Beginn der > 2006, 191
 - = Fälligkeit 2006, 191
- Versicherungsvertrag
 - = Anfechtung des > 2006, 140
 - = Täuschung 2006, 140

Vollmacht

- Inhalt der > 2006, 182
- Rücktrittserklärung durch RA 2006, 182

Vorteilsausgleichung

- Einarbeitungskosten StB 2006, 161
- Nachzahlungszinsen 2006, 161
- Zinsvorteil 2006, 161

Wiedereinsetzung

- Glaubhaftmachung
 - = Eidesstattliche Versicherung 2006, 177
 - = Fristenkontrolle durch RA 2006, 177
 - = Indizien 2006, 177
- Weiterleitung an zuständiges Gericht
 - = Darlegungslast 2006, 44

Zustellung

- Anspruchsbegründung 2006, 96
- Ersatzzustellung
 - = „Kontaktadresse“ 2006, 96
- Ladung 2006, 96

Zwei-Konten-Modell

- Rechtsprechungsänderung 2006, 53
- Schaden 2006, 53

- BGH v. 7.12.2004 - AnwZ (B) 40/04 2006, 45
- BGH v. 13.1.2005 - IX ZR 455/00 2006, 78
- BGH v. 1.3.2005 - VI ZB 65/04 2006, 77

BGH v. 17.3.2005 – IX ZR 106/04	2006, 10	OLG Koblenz v. 1.12.2005 – 6 U 951/04	2006, 119
BGH v. 13.4.2005 – VIII ZB 77/04	2006, 115	= OLG-Report 06, 318	
BGH v. 24.5.2005 – IX ZR 276/03	2006, 7		
BGH v. 6.6.2005 – II ZB 9/04	2006, 44	OLG Köln v. 27.1.2005 – 8 U 66/04	2006, 24
BGH v. 23.6.2005 – IX ZR 197/01	2006, 182	= OLG-Report 05, 489	
BGH v. 30.6.2005 – 5 StR 12/05	2006, 5		
BGH v. 7.7.2005 – IX ZR 425/00	2006, 154	OLG München v. 19.1.2005 – 7 U 4986/04	2006, 4
BGH v. 21.7.2005 – IX ZR 6/02	2006, 72	= AnwBl 05, 429	
BGH v. 22.9.2005 – IX ZR 23/04	2006, 151	OLG München v. 17.3.2005 – 29 W 2039/04	2006, 89
BGH v. 27.9.2005 – VIII ZB 105/04	2006, 149	= OLG-Report 05, 306	
BGH v. 28.9.2005 – IV ZR 255/04	2006, 39	OLG München v. 31.3.2005 – 19 U 5091/04	2006, 165
BGH v. 6.10.2005 – IX ZR 111/02	2006, 179	= MDR 05, 900	
BGH v. 27.10.2005 – III ZB 76/05	2006, 177	OLG München v. 26.4.2005 – 31 Wx 027/05	2006, 4
BGH v. 3.11.2005 – IX ZR 208/04	2006, 112	= OLG-Report 05, 447	
BGH v. 17.11.2005 – IX ZR 8/04	2006, 200	OLG München v. 10.4.2006 – 21 U 5051/05	2006, 116
BGH v. 12.12.2005 – II ZB 33/04	2006, 200		
BGH v. 19.1.2006 – IX ZR 232/01	2006, 141	OLG Saarbrücken v. 10.11.2004 – 5 U 143/02-14	2006, 58
BGH v. 26.1.2006 – IX ZR 225/04	2006, 108	= OLG-Report 05, 388	
BGH v. 20.3.2006 – II ZR 326/04	2006, 106		
BGH v. 6.4.2006 – III ZR 256/04	2006, 175	OLG Schleswig v. 14.5.2004 – 14 U 205/02	2006, 27
		OLG Schleswig v. 27.1.2005 – 11 U 8/04	2006, 129
		= OLG-Report 05, 375	
OLG Bamberg v. 21.2.2006 – 5 U 196/05	2006, 186	OLG Zweibrücken v. 10.2.2006 – 2 U 3/05	2006, 159
= OLG-Report 06, 387		= OLG-Report 06, 611	
Brandenburgisches OLG v. 23.2.2006 – 2 U 1/05	2006, 82		
OLG Celle v. 2.3.2005 – 3 U 233/04	2006, 22	LG Augsburg v. 2.2.2006 – 3 O 1556/05	2006, 132
= OLG-Report 05, 270			
OLG Celle v. 20.4.2005 – 3 U 270/04	2006, 51	LG Bonn v. 16.3.2005 – 2 O 7/01	2006, 62
= OLG-Report 05, 455		= BB 05, 994	
OLG Düsseldorf v. 2.11.2004 – 4 U 16/04	2006, 130	LG Frankfurt/M. v. 2.2.2005 – 2-23 O 294/04	2006, 62
= r+s 05, 155			
OLG Düsseldorf v. 23.11.2004 – I-24 U 105/04	2006, 96	LG Hamburg v. 4.7.2005 – 608 Qs 3/05	2006, 38
OLG Düsseldorf v. 26.11.2004 – I-23 U 101/04	2006, 195	= wistra 05, 394	
OLG Düsseldorf v. 20.5.2005 – I-23 U 135/04	2006, 122	LG Leipzig v. 2.8.2005 – 3 O 1241/03	2006, 166
OLG Düsseldorf v. 5.7.2005 – I-24 U 220/04	2006, 87		
OLG Düsseldorf v. 8.7.2005 – I-23 U 17/05	2006, 12	LG Potsdam v. 24.11.2004 – 4 O 220/04	2006, 65
OLG Düsseldorf v. 28.7.2005 – I-24 U 45/05	2006, 121		
OLG Düsseldorf v. 23.8.2005 – I-4 U 140/04	2006, 140	AG Köln v. 7.1.2005 – 120 C 280/04	2006, 167
= OLG-Report 06, 421			
OLG Düsseldorf v. 23.9.2005 – I-23 U 8/05	2006, 48	BFH v. 30.6.2005 – III R 36/03	2006, 3
OLG Düsseldorf v. 21.10.2005 – 23 U 49/05	2006, 192	BFH v. 30.6.2005 – III R 47/03	2006, 2
OLG Düsseldorf v. 13.12.2005 – 23 U 124/03	2006, 161	BFH v. 30.6.2005 – III R 27/04	2006, 3
		BFH v. 28.7.2005 – III R 30/03	2006, 3
OLG Frankfurt/M. v. 15.10.2004 – 12 W 169/04	2006, 27	BFH v. 18.8.2005 – VI R 32/03	2006, 4
= MDR 05, 895		BFH v. 8.9.2005 – IV R 38/03	2006, 36
OLG Hamburg v. 11.11.2004 – 5 U 3/04	2006, 101	BFH v. 3.11.2005 – V R 63/02	2006, 71
= OLG-Report 05, 484		BFH v. 9.11.2005 – VI R 27/05	2006, 72
OLG Hamm v. 3.2.2004 – 4 U 122/03	2006, 4	BFH v. 16.11.2005	
= OLG-Report 04, 250		– VI R 151/00 u. VI R 151/99	2006, 37
OLG Hamm v. 14.9.2004 – 28 U 158/03	2006, 97	BFH v. 16.11.2005 – VI R 64/04	2006, 72
= OLG-Report 05, 230		BFH v. 29.11.2005 – IX R 49/04	2006, 37
OLG Karlsruhe v. 25.5.2004 – 17 U 73/02	2006, 99	BFH v. 14.12.2005 – X R 20/04	2006, 38
= OLG-Report 04, 415		BFH v. 20.12.2005 – V R 30/02	2006, 71
OLG Karlsruhe v. 4.2.2005 – 12 U 227/04	2006, 91	BFH v. 26.1.2006 – III R 51/05	2006, 105
OLG Karlsruhe v. 24.3.2005 – 14 U 87/02	2006, 53	BFH v. 1.2.2006 – X B 166/05	2006, 70
OLG Karlsruhe v. 16.2.2006 – 19 U 110/05	2006, 191	BFH v. 9.2.2006 – V R 22/03	2006, 173
= OLG-Report 06, 374		BFH v. 15.2.2006 – I B 87/05	2006, 104
OLG Karlsruhe v. 6.4.2006 – 12 U 266/05	2006, 157	BFH v. 14.3.2006 – I R 22/05	2006, 172
= OLG-Report 06, 467		BFH v. 29.3.2006 – X R 59/00	2006, 138
OLG Koblenz v. 17.2.2005 – 5 U 349/04	2006, 56	BFH v. 4.4.2006 – VI R 44/03	2006, 105
= OLG-Report 05, 572		BFH v. 11.4.2006 – VI R 60/02	2006, 140
OLG Koblenz v. 23.3.2005 – 14 W 181/05	2006, 22	BFH v. 11.5.2006 – V R 33/03	2006, 139
= OLG-Report 05, 561		BFH v. 22.5.2006 – VI R 15/02, VI R 50/04, VI R 51/04, VI R 15/05 u. VI R 17/05	2006, 174
		BFH v. 23.5.2006 – VI R 21/03	2006, 139
		BFH v. 20.7.2006 – VI R 26/05	2006, 173

Fürs Kleingedruckte große Klasse.

Der AGB-Rechts-Klassiker in neuer Auflage. Auf über 1.800 Seiten macht Sie der Ulmer/Brandner/Hensen mit dem neuen Recht vertraut, das seit der Schuldrechtsreform integraler Bestandteil des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist.

Sicher führen Sie die allseits als exzellente Experten anerkannten Autoren wieder durch das unübersichtliche, von einer überbordenden Kasuistik geprägte Rechtsgebiet. Neben dem materiellen AGB-Recht der §§ 305–310 BGB werden auch die jetzt im UKlaG geregelten verfahrensrechtlichen Vorschriften umfassend kommentiert.

Die Darstellung ist übersichtlich, lesefreundlich, vor allem leicht verständlich. Dennoch sind die praxis-



Ulmer/Brandner/Hensen **AGB-Recht** Kommentar zu den §§ 305–310 BGB und zum UKlaG, Von Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter Ulmer, Vizepräsident, OLG a.D., Horst-Diether Hensen, RIAG Dr. Guido Christensen, Prof. Dr. Andreas Fuchs, LL.M., und RA Prof. Dr. Harry Schmidt, 10., neu bearbeitete Auflage 2006, 1.968 Seiten Lexikonformat, gbd, 149,- € [D], ISBN 3-504-45108-4

nahen Lösungen immer wissenschaftlich fundiert. Der Kommentar ist meinungsbildend, für noch nicht judizierte Fallgestaltungen auch richtungweisend. Und er ist objektiv: Die Interessen von Kunden wie Verwendern fallen bei jeder Kommentierung gleichermaßen ins Gewicht.

Ein Kernstück dieses Schweregewichts ist der Katalog der Klausel- und Vertragstypen. Rund 100 in der Praxis gängige Kauselwerke, die auf fast 500 Seiten mit allen branchenspezifischen Besonderheiten erläutert werden. Von A wie Abtretungsausschluss bis Z wie Zeitschriften und Zeitungen.

Ulmer/Brandner/Hensen AGB-Recht. Fürs Kleingedruckte große Klasse. Leseprobe? www.otto-schmidt.de

----- **Bestellschein** ausfüllen und faxen (02 21) 9 37 38-943 ----- ✂
☒ Ja, ich bestelle mit 14-tägigem Rückgaberecht Ulmer/Brandner/Hensen **AGB-Recht** 10. Auflage, gbd. 149,- € [D]
ISBN 3-504-45108-4

Name	Straße	PLZ	Ort
Telefon	Fax	Datum	Unterschrift

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder beim Verlag Dr. Otto Schmidt · Postfach 51 10 26 · 50946 Köln



BEIHEFTER

Befristete Aktion für Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte bis 15.12.2006

Als Freiberufler sind Sie auf den Erhalt Ihrer Arbeitskraft angewiesen. Einschränkungen oder Verlust der Berufsfähigkeit stellen eines der größten finanziellen Risiken im Leben dar. Dennoch wird diese Gefahr in Deutschland dramatisch unterschätzt; selbst wer bereits eine Berufsunfähigkeitspolice besitzt, ist häufig unterversichert.

Als langjähriger Versicherungspartner von Steuerberatern und Rechtsanwälten bietet Ihnen Gerling in einer einmaligen Sonderaktion eine Berufsunfähigkeitsversicherung ohne detaillierte Gesundheitsfragen an. Sie müssen lediglich

eine Dienstfähigkeitserklärung abgeben, mit der Sie uns mitteilen, dass Sie in den letzten zwei Jahren nicht länger als vier Wochen krank waren.

Das Angebot ist bis 15. Dezember 2006 befristet.

Auch wenn Sie bereits durch Ihr Versorgungswerk gegen Berufsunfähigkeit versichert sind, sollten Sie sich diese einmalige Chance nicht entgehen lassen. Wir wissen aus Erfahrung, dass speziell in diesem Bereich immer noch Ergänzungsbedarf besteht.

Bitte schicken Sie uns den Fax-Antrag in diesem GI-Heft ausgefüllt zurück oder fordern Sie mit beiliegender Fax-Antwort ein Beratungsgespräch an.

GI-HOTLINE

(02 21) 1 44-51 55

Bitte senden Sie Ihre Anfragen zu folgenden Themen an die oben stehende Fax-Nummer: Adressänderungen • Nachbestellung von einzelnen GI-Heften • Anforderung einzelner GI-Urteile (bitte Jahrgang und Seitenzahl angeben).

IMPRESSUM

GI Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe
ISSN 1430-550 X

Herausgeber:

Gerling
Marketing Freie Berufe
50597 Köln
Telefax: (02 21) 1 44-51 55

Redaktion:

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Steuerrecht
(verantwortlich für den Inhalt)

Erscheinungsweise:

6-mal im Jahr, jeweils am
10. des Monats

Verlag:

Verlag Dr. Otto Schmidt KG,
Gustav-Heinemann-Ufer 58, 50968 Köln

Layout und Satz:

Type Connection,
Lechenicher Str. 29, 50374 Erftstadt

Druck:

Boyens Offset,
Wulf-Isebrand-Platz 1-3, 25746 Heide